

Verfassung und Verwaltungsorganisation

Veränderungen in den Vertretungskörpern

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderates legten zurück: *Mayrhofer* (SPÖ) mit 19. Jänner, *Peska* (SPÖ) mit 23. Jänner. Gemeinderat *Kopfensteiner* (SPÖ) starb am 27. Dezember. Folgende Ersatzmänner wurden am 25. Jänner in den Gemeinderat berufen und angelobt: *Otmar Brix* (SPÖ) und *Werner Faymann* (SPÖ).

Zum Vorsitzenden des Gemeinderates wurde am 25. Jänner Gemeinderat *Outolny* (SPÖ) für Gemeinderat *Mayrhofer* (SPÖ) gewählt; gereiht wurden Gemeinderat Prof. *Wiesinger* (SPÖ) auf die 1. Stelle, Gemeinderat *Eveline Andriak* (SPÖ) auf die 3. Stelle, Gemeinderat *Hirsch* (SPÖ) auf die 4. Stelle und Gemeinderat *Outolny* (SPÖ) auf die 6. Stelle.

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen: Gemeinderatsausschuß für Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz — die Gemeinderäte *Haas* (SPÖ) und *Hildegard Wondratsch* (SPÖ) am 25. Jänner für die Gemeinderäte *Freinberger* (SPÖ) und *Peska* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik — Gemeinderat *Freitag* (SPÖ) am 25. Jänner für Gemeinderat *Mayrhofer* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend und Familie — Gemeinderat *Faymann* (SPÖ) am 25. Jänner für Gemeinderat *Hildegard Wondratsch* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport — Gemeinderat *Brix* (SPÖ) am 25. Jänner für Gemeinderat *Gaal* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung — Gemeinderat *Hengelmüller* (SPÖ) am 25. Jänner für Gemeinderat *Freitag* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Bauten — Gemeinderat *Gaal* (SPÖ) am 25. Jänner für Gemeinderat *Hengelmüller* (SPÖ); Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie — Gemeinderat *Freinberger* (SPÖ) am 25. Jänner für Gemeinderat *Peska* (SPÖ); Kontrollausschuß — die Gemeinderäte Dr. *Häupl* (SPÖ) und Ing. *Svoboda* (SPÖ) am 25. Jänner für die Gemeinderäte *Mayrhofer* (SPÖ) und *Outolny* (SPÖ).

In die gemeinderätliche Personalkommission wurden am 25. Jänner die Gemeinderäte *Haas* (SPÖ) und *Wondratsch* (SPÖ) für die Gemeinderäte *Freinberger* (SPÖ) und *Peska* (SPÖ) gewählt. Zu Mitgliedern des Kuratoriums des Fonds „Wiener Jugendhilfswerk“ wurden gewählt: Gemeinderat *Helmer* (ÖVP) am 22. Februar für Gemeinderat *Traindl* (ÖVP) und Gemeinderat *Margarete Dumser* (SPÖ) am 26. Juni für Gemeinderat *Gertrude Stiehl* (SPÖ). Zu Mitgliedern des Sparkassenrates der Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien, wurden gewählt: Mag. Dr. *Ernst Hofbauer* (ÖVP) am 22. November für Dr. *Mazanek* (ÖVP) und Gemeinderat *Eder* (SPÖ) am 9. Dezember für Gemeinderat a. D. Ing. *Hofstetter* (SPÖ).

Zum Mitglied des Immunitätskollegiums wurde am 22. Februar Abgeordneter *Jank* (SPÖ) für Abgeordneten *Peska* (SPÖ) gewählt.

Der Gemeinderat trat zu 12 öffentlichen und 10 nichtöffentlichen, der Landtag zu 11 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 33, die Landesregierung 32 und der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 2 Sitzungen ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 1.084, der Landtag 22, der Stadtsenat 2.971, die Landesregierung 1.063 und der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 5 Geschäftsstücke.

Besonders hervorzuheben ist die Festsitzung des Landtages am 13. Dezember aus Anlaß der 40. Wiederkehr des Jahrestages des erstmaligen Zusammentretens des Wiener Landtages am 13. Dezember 1945 nach der Wahl vom November 1945. An dieser Sitzung nahmen der Herr Bundespräsident, der Herr Präsident und der Herr 3. Präsident des Nationalrates, einige Mitglieder der Bundesregierung, der Herr Präsident des Rechnungshofes, weiters der Herr Landeshauptmann i. R. Komm.-Rat *Bruno Marek* und Frau Bundesministerin i. R. Dr. *Herta Firnberg* als Ehrenbürger der Stadt Wien sowie einige Bürger der Stadt Wien teil.

Magistratsdirektion

Seit 1. Juli 1983 besteht die Magistratsdirektion aus den Referaten Präsidialbüro, Büro des Magistratsdirektors, Koordinationsbüro, Verwaltungsakademie, Verwaltungsrevision, Verwaltungsorganisation, Automatische Datenverarbeitung, Rechtsmittelbüro, Verwaltungstechnik, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten sowie Stadtbaudirektion. Im Jahre 1985 sind dem Präsidialbüro 14.462 Geschäftsstücke zugegangen.

Das **Repräsentationsreferat** hatte 484 gesellschaftliche Veranstaltungen, 47 Eröffnungsfeierlichkeiten oder Grundsteinlegungen und 47 sonstige Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Bei den 484 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden insgesamt 58.526 Gäste registriert, von denen 24.153 aus dem Ausland kamen. Im Hinblick auf die Zahl der Besucher sind besonders hervorzuheben die Empfänge anläßlich der zwei Jungbürgerbälle (2.220 Besucher) sowie die Empfänge des Faschingsumzuges der Wiener Wirtschaft (1.500 Teilnehmer), der Jahrestagung der Interamerican Development Bank (1.050 Teilnehmer), des Kongresses der Internationalen Gesellschaft für Urologie (1.350 Teilnehmer), des 4. Ranger-Rover-Bundestreffens der Pfadfinder (860 Teilnehmer), der XII. Internationalen Conference on Organometallic Chemistry (853 Teilnehmer) und des XIX. Weltkongresses der FIATA (800 Teilnehmer).

Die Vorbereitung der In- und Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters sowie des Besuches ausländischer Delegationen und deren Betreuung während des Aufenthaltes in Wien waren wieder ein wichtiger Aufgabenbereich des Repräsentationsreferates.

Im Jahre 1985 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein, und zwar am 12. März der Lord Mayor von London Sir Alan Traill, am 7. Juni der Präsident der Republik Kenya Daniel Arap Moi, am 25. Juni der Kronprinz von Saudi-Arabien Abdullah Bin Abdul Aziz, am 25. September der Gouverneur von Riyadh Prinz Salman Bin Abdul Aziz al Saud, am 15. Oktober der Staatspräsident von Finnland Dr. Manno Koivisto und am 5. Dezember der Premierminister der Republik Simbabwe Robert G. Mugabe.

Außerdem standen 1985 folgende Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters auf dem Programm: Vom 8. bis 10. Februar die Einladung nach Rom zum „Ball der Wiener“, vom 18. bis 23. Mai die Einladung nach Japan zum Bürgermeistersymposium, vom 4. bis 6. Juli die Einladung nach Warschau, vom 28. August bis 3. September die Einladung nach West- und Ostberlin aus Anlaß der 3SAT-Eröffnung, am 10. Oktober der Besuch der Frankfurter Buchmesse und vom 17. bis 21. November die Einladung des Bürgermeisters von Moskau.

Folgende Eröffnungen, Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen wurden 1985 vorbereitet und durchgeführt:

- 12. Februar: Umbenennung des „Heiligenstädter-Platzes“ in „12.-Februar-Platz“;
- 21. Februar: Eröffnung des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 21, Oswald-Redlich-Gasse 36;
- 27. März: Eröffnung der Ausstellung „Traum und Wirklichkeit — Wien 1870—1930“;
- 10. April: Eröffnung der Ausstellung „Kiew grüßt Wien“;
- 18. April: Eröffnung des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 16, Roterdstraße 12—14;
- 22. April: Grundsteinlegung für die städtische Wohnhausanlage in 10, Wienerberg;
- 27. April: Inbetriebnahme der Autobuslinie 38A vom Kahlenberg zum Leopoldsberg;
- 29. April: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 11, Mitterweg 8—18/Oriogasse 15/Florian-Hedorfer-Straße 30—36, in „Karl-Swoboda-Hof“;
- 6. Mai: Benennung des Sigmund-Freud-Parkes;
- 11. Mai: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 15, Reuenthalgasse 2—4, in „Johann-Witzmann-Hof“;
- 11. Mai: Umbenennung des „Kriemhildplatzes“ in „Dr.-Hildegard-Burian-Platz“;
- 15. Mai: Eröffnung der Wiener Festwochen 1985;
- 17. Mai: Eröffnung der Ausstellung „Die neue Körpersprache — Grete Wiesenthal und ihr Tanz“;
- 23. Mai: Eröffnung der städtischen Kindertagesheimes in 22, Hardegasse 67;
- 29. Mai: Spatenstich für den Bauabschnitt U3/10 „Volkstheater“;
- 30. Mai: Spatenstich für die Bauabschnitte U6/3 „Vivenotgasse“ und U6/4 „Längenfeldgasse“;
- 31. Mai: Eröffnung der Ausstellung „Kinder und der Baum in der Stadt“;
- 17. Juni: Eröffnung der Czeija-Nissl-Gasse;
- 19. Juni: Eröffnung der Ausstellung „Dijon — Hauptstadt von Burgund“;
- 21. Juni: Eröffnung des städtischen Kindertagesheimes in 23, Wohnpark Alt-Erlaa;
- 22. Juni: Eröffnung des Rosenhügelsteges;
- 23. Juni: Benennung der Sporthalle im Karl-Seitz-Hof in „Dominik-Hofmann-Halle“;
- 23. Juni: Eröffnung des U-Bahn-Abganges Reichsbrücke/Donauinsel und der „längsten Wasserrutsche der Welt“;
- 23. Juni: Benennung der Sekundärbrücke über die Neue Donau in „Jedleseer Brücke“;
- 27. Juni: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 19, Billrothstraße 32, in „Josef-Wiedermann-Hof“;
- 9. Juli: Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 19, Billrothstraße 42—48, in „Rosa-Allbach-Retty-Hof“;
- 17. Juli: Spatenstichfeier: A 22 — Donauuferautobahn;
- 21. August: Eröffnung eines Teilstückes der A 22;
- 12. September: Anschlag des ersten Tunnels im Bauabschnitt U6/3 „Vivenotgasse“;
- 18. September: Eröffnung der 11. Seniorenwoche;
- 26. September: Eröffnung des städtischen Kindertagesheimes in 22, Am Heidjöchl 14;
- 8. Oktober: Eröffnung der Ausstellung „Das Wiener Modell“ — Vollwertiges Wohnen;
- 23. Oktober: Grundsteinlegung für das Betriebsgebäude des Betriebsbahnhofes Erdberg der U-Bahn-Linie U3;
- 30. Oktober: Eröffnung des Pensionistenheimes „Wieden“ in 4, Ziegelofengasse 6a;
- 4. November: Grundsteinlegung (Spatenstich) für den Bau des Krankenhauses Sozialmedizinisches Zentrum Ost;
- 7. November: Eröffnung der Ausstellung „Wiener Wohnen“;
- 8. November: Spatenstichfeier: Errichtung des Rechten Donaudammes — 4. Abschnitt Innstraße-Schiffahrtzentrum;

- 13. November: Spatenstichfeier: A 22 — Donauuferautobahn — Lärmschutztunnel Kaisermühlen;
- 21. November: Spatenstichfeier: Donauhochwasserschutz Wien — Wehr 2;
- 21. November: Tunnelanschlag im Bauabschnitt U 3/6 und 7 — Verbindungsgleis und Stubentor;
- 21. November: Eröffnung des städtischen Kindertagesheimes in 3, Dietrichgasse 47—49;
- 23. November: Eröffnung der Weihnachtsausstellung;
- 25. November: Spatenstich für die A 22 — Donauuferautobahn, Bauabschnitt Süd — 3. Teil, Brückenobjekt EN 52;
- 28. November: Spatenstich für den Bauabschnitt U 3/3 „Kardinal-Nagl-Platz“;
- 2. Dezember: Eröffnung des Pensionistenheimes „Gustav Klimt“ in 14, Felbigergasse 81;
- 16. Dezember: Grundsteinlegung des Pensionistenheimes in 20, Brigittaplatz 19;
- 20. Dezember: Grundsteinlegung des Wohnheimes für behinderte Menschen in 14, Herzmanskystraße 22.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses fand eine Reihe von **Ausstellungen** statt, und zwar vom 18. Jänner bis 20. Februar „Der Wald — ein Zyklus“ (10.612 Besucher), vom 6. bis 13. März „Erster Wiener Feuermalwettbewerb“ (2.389 Besucher), vom 23. bis 24. März „Jeder für Jeden“ — Selbsthilfegruppen in Wien (2.200 Besucher), vom 10. bis 26. April „Kiew grüßt Wien“ (3.800 Besucher), vom 31. Mai bis 5. Juni „Kinder und der Baum in der Stadt“ (1.400 Besucher), vom 19. Juni bis 7. Juli „Dijon — Hauptstadt von Burgund“ (8.000 Besucher), vom 15. Juli bis 9. August „Wohnen — Spielen“ (9.500 Besucher) und vom 23. November bis 26. Dezember die „Weihnachtsausstellung“ (134.800 Besucher).

An 1.584 Neunzigjährige, 252 Fünfundneunzigjährige und an 59 Hundert- und Mehrjährige, somit an 1.895 Wiener Geburtstagsjubilare, wurden im Rahmen von Ehrungen die Anerkennungsgaben der Stadtverwaltung überreicht.

Insgesamt 1.405 Hochzeitsjubelpaare wurden in das Wiener Rathaus zu Feiern eingeladen und ihnen die Erinnerungsdiplome überreicht. Darunter war 1 Juwelhochzeitspaar, 4 feierten die Steinerne, 45 die Eiserne, 235 die Diamantene und 1.120 die Goldene Hochzeit.

Das **Stenographenbüro** erstellte die Protokolle bei 7 Landtags- und 11 Gemeinderatssitzungen im Umfang von zusammen 1.006 Druckseiten sowie bei 33 Sitzungen der Landesregierung und des Stadtsenates mit insgesamt 718 Maschinschreibseiten.

Die Gesamtzahl der vom **Übersetzungsdienst** im Jahre 1985 bearbeiteten Geschäftsstücke betrug 1.540, wobei 25 Sprachen vertreten waren. Wie in den vergangenen Jahren wurde der Übersetzungsdienst auch 1985 für Dolmetschdienste bei Empfängen, Fachgesprächen, Führungen, offiziellen Besuchen, Verhandlungen usw. von verschiedenen Abteilungen und Dienststellen des Magistrates herangezogen.

Von der **Ehrenzeichenkanzlei** wurden 390 Prüfungsverfahren, die sich auf Auszeichnungen des Landes und der Stadt Wien bezogen, durchgeführt bzw. 227 Akten bearbeitet, die Bundesauszeichnungen oder die Verleihung von Berufstiteln betrafen.

Von den überreichten Stadt- bzw. Landesauszeichnungen seien folgende hervorgehoben:

Ehrenbürger der Stadt Wien:

Elias *Canetti*

Bürger der Stadt Wien:

Univ.-Prof. Dr. DDDr. h. c. Viktor E. *Frankl*, Univ.-Prof. Dr. Dr. mult. h. c. Karl *Fellinger*, Polizeipräsident i. R. Josef *Holoubek*.

Ehrenring der Stadt Wien

Peter *Alexander*, Dir. KS Hofrat Prof. Karl *Dönch*, Hochschulprof. Dipl.-Ing. Dr. Roland *Rainer*, Prof. Carry *Hauser*.

Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold:

Murray *Dickie*, Prof. Fritz *Klingenbeck*, Univ.-Prof. Dr. Alois *Brusatti*, Univ.-Prof. Dr. Dr. mult. Max Ferdinand *Perutz*, KS Oskar *Czerwenka*.

Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber:

Prof. Dkfm. Ludwig *Babinski*, KS Dr. Manfred *Jungwirth*, Prof. Dr. Franz H. *Mautner*, Prof. Otto *Dürer*.

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:

Sekt.-Chef Mag. Kurt *Zeleny*, Stadtrat a. D. Komm.-Rat Otto *Pelzelmayr*, Hofrat Dr. Alfred *Korn*, Präs. Adolf *Czettel*.

Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:

Präs. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Erich *Plöckinger*, Präs. Abgeordneter zum Nationalrat, Komm.-Rat Kurt *Mühlbacher*, OSR Dr. Herbert *Drapalik*.

Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:

Johannes Mario *Simmel*, Dr. Johann Christoph *Allmayer-Beck*, Prof. Peter *Weck*, Herbert *Eisenreich*, Erich *Fried*, Univ.-Prof. Dr. Ludwig *Prokop*.

Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien:

Peter *Seisenbacher*, Prof. Fritz *Senger*, Prof. Karl *Grell*.

Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien:

Honorargeneralkonsul Komm.-Rat Ing. Hans *Drescher*, Prof. Ottokar *Drapal*, Dkfm. Wilhelm *Kloucek*, Ioan *Holender*.

Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien:

Prof. Ferdinand *Matzek*, Komm.-Rat Rudolf *Schub*.

Insgesamt wurden 3 Personen zu Bürgern der Stadt Wien ernannt, sowie 3 Ehrenringe der Stadt Wien, 21 Ehrenmedaillen der Stadt Wien, eine Otto-Glöckel-Medaille, 4 Prof.-Julius-Tandler-Medaillen in Gold, Silber und Bronze, 5 Große Goldene Ehrenzeichen, 12 Große Silberne Ehrenzeichen, 38 Goldene Ehrenzeichen, 27 Silberne Ehrenzeichen, 34 Goldene Verdienstzeichen, 45 Silberne Verdienstzeichen, 5 Einsatzmedaillen und 4 Rettungsmedaillen überreicht.

Darüber hinaus wurden auf Ersuchen von Bundesdienststellen Insignien und Dekrete überreicht. Dabei handelte es sich sowohl um Insignien sichtbarer Bundesauszeichnungen als auch um Dekrete von Berufstiteln, wie z. B. Medizinalrat, Regierungsrat. Insgesamt fanden 75 Überreichungen im feierlichen Rahmen, zum großen Teil mit Musik, statt, die vom Präsidialbüro vorzubereiten und durchzuführen waren.

Einer der Tätigkeitsschwerpunkte des **Büros des Magistratsdirektors** lag auch 1985 wieder auf dem Gebiet des Verfassungsdienstes. Die Wiener Stadtverfassungskommission (WStV-K), die im Büro des Magistratsdirektors eingesetzt worden war, um die Wiener Stadtverfassung hinsichtlich Gesetzessprache, Systematik und Übersichtlichkeit zu überarbeiten, hielt 22 Sitzungen ab.

Im Rahmen des **Legistischen Dienstes** waren 164 Gesetz- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 37 Landesgesetzen, 22 Verordnungen der Landesregierung, 8 Verordnungen des Landeshauptmannes und 7 Kundmachungen des Magistrates einer Prüfung unterzogen. Im Hinblick auf die steigende Bedeutung des Umweltschutzes und die damit verbundene vielschichtige Problematik sind in diesem Zusammenhang der Entwurf eines Bundesgesetzes über den Schutz der Gesundheit des Menschen vor schädlichen Luftverunreinigungen bei austauscharmen Wetterlagen (Smogalarmgesetz), der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz) sowie eine Novelle zum Altölgesetz zu erwähnen. Außerdem sind der Entwurf einer Novelle des Dampfkessel-Emissionsgesetzes zum Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen sowie der Entwurf einer Novelle zum Energieförderungsgesetz 1979, zum Elektrizitätswirtschaftsgesetz und zum Bewertungsänderungsgesetz hervorzuheben. Wegen der Vielschichtigkeit des Problems erweist sich der Entwurf eines Wiener Statistikgesetzes von besonderer Bedeutung. Einen wesentlichen Anteil an der Begutachtungstätigkeit hatten auch die zahlreichen Novellen zu den Schulgesetzen und zu den Sozialversicherungsgesetzen, die wegen der Kompliziertheit des Regelungsinhaltes eine besonders intensive Beschäftigung erforderten. Von den Landesgesetzen, die im Jahre 1985 vom Landtag beschlossen wurden, ist das Wiener Jugendschutzgesetz 1985 hervorzuheben.

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Statistik wurde vom Bund und den Ländern anlässlich der Landeshauptmännerkonferenz am 27. Juni 1985 unterzeichnet.

Im Rahmen des Verfassungsdienstes und des Legistischen Dienstes wurden wie in den Vorjahren auch 1985 zahlreiche Anfragen beantwortet. Einen breiten Raum nehmen stets auch die vom Büro des Magistratsdirektors auszuarbeitenden Rechtsgutachten ein.

Zu den vom Europarat bzw. seinen Teilorganisationen im Jahre 1985 behandelten Themen bzw. veranstalteten Konferenzen — z. B. Raumordnungsministerkonferenz, Fragen der lokalen Selbstverwaltung, Modernisierung und Anpassung der Verwaltungsstrukturen an moderne Gegebenheiten sowie Finanzierung von Umweltproblemen — wurden Stellungnahmen übermittelt oder Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt lag auch 1985 in der Herausgabe von Erlässen. Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen gab man insgesamt 124 Erlässe heraus. So wurde z. B. mit Erlaß vom 30. Jänner 1985, MD-1088-2/84, die Vorschrift über die Gebahrung und Verrechnung der stehenden Verläge geändert. Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 1. August 1985, MD-1640-1/85, wurden neue Richtlinien für die Vergabe von Leistungen durch Dienststellen und Unternehmungen der Stadt Wien herausgegeben. Sie traten am 16. Dezember 1985 in Kraft. Ebenfalls mit 16. Dezember 1985 wurden mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 22. August 1985, MD-1650-1/85, die Allgemeinen Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für Leistungen in Kraft gesetzt. In diesem Zusammenhang

war es auch erforderlich, die Dienstvorschrift über die Kollaudierung von baulichen Herstellungen und Lieferungen (Kollaudierungsvorschrift) mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 16. Dezember 1985, MD-2594-1/85, anzupassen. Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 29. November 1985, MD-2349-1/85, wurde die Haushaltsordnung für den Magistrat der Stadt Wien neu gefaßt und mit 1. Jänner 1986 in Wirksamkeit gesetzt.

3.931 Geschäftsfälle wurden von der Verbindungsstelle der Bundesländer an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Büro des Magistratsdirektors nach Konsultierung der betroffenen Fachdienststellen erledigt.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors protokollierte 1985 insgesamt 10.539 Geschäftsstücke. Das Büro bereitete zwei Landeshauptmännerkonferenzen, eine Landtagspräsidentenkonferenz, eine deutsch-österreichische Landtagspräsidentenkonferenz, zwei ordentliche und zwei außerordentliche Landesamtsdirektorenkonferenzen sowie eine Magistratsdirektorenkonferenz vor.

Einen weiteren wesentlichen Aufgabenbereich des Büros des Magistratsdirektors stellt die **Dienstaufsicht** über die Leiter von Magistratsabteilungen und magistratischen Bezirksämtern, über Bedienstete mit Sonderaufgaben, Bedienstete der Magistratsdirektion, soweit sie dem höheren Dienst angehören oder als Sondervertragsbedienstete im höheren Dienst tätig sind, über alle sonstigen rechtskundigen Bediensteten und die Redakteure der Stadt Wien dar. Mit Stichtag 31. Dezember 1985 waren dies 370 Bedienstete, wovon 223 dem rechtskundigen Dienst angehörten. 1985 wurden im Dienstaufsichtsbereich 17 Personen in den städtischen Dienst aufgenommen, 16 Bedienstete aus anderen Dienstaufsichtsbereichen übernommen und 37 Bedienstete versetzt. 17 Bedienstete schieden aus.

Das Büro des Magistratsdirektors führte ferner die Ausschreibungen für die Besetzung von zehn Posten von Dienststellenleitern des Magistrates und zwei Leiterdienstposten der Wiener Stadtwerke durch. In einem Fall erfolgte eine interne Postenausschreibung. Außerdem war eine internationale Postenausschreibung (Leiter der Entsorgungsbetriebe Simmering und der Hauptkläranlage Wien) vorzunehmen.

Die Prüfung für den rechtskundigen Dienst legten 12 Bedienstete mit Erfolg ab. Zwei Kandidaten bestanden die Prüfung nicht.

Der Disziplinarcommission lagen 50 Fälle, der Berufungskommission in Disziplinarsachen ein Fall zur Erledigung vor.

Im Rahmen der Bürogeschäfte des **Landessanitätsrates** hatte das Büro des Magistratsdirektors fünf Sitzungen des Landessanitätsrates vorzubereiten und einzuberufen. Für 22 leitende ärztliche Stellen in städtischen Krankenanstalten mußten 93 Bewerber begutachtet werden. Dem Herrn Landeshauptmann war in der Folge jeweils ein Gutachten über die Bewerber zu übermitteln. In allgemein gesundheitspolitischer Hinsicht befaßte sich der Landessanitätsrat mit einer Information des Herrn amtsführenden Stadtrates für Gesundheit und Soziales über Krankenhausangelegenheiten.

Im Jahre 1985 wurden an des Referat für **Auszeichnungen und Remunerationen** 722 Anträge auf Förderungen und 9.449 Anträge auf Gewährung von Remunerationen gestellt.

Wie bereits in den vergangenen Jahren hatte das Büro des Magistratsdirektors auch im Jahre 1985 zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen vorzubereiten und durchzuführen. Weiters wurde eine Besprechung der Büroleiter der Bezirksvorsteher abgehalten.

Der Rechnungshof übermittelte drei Berichte, die nach entsprechenden Vorbereitungsarbeiten dem Stadtsenat zur Beschlußfassung über eine Äußerung und die zu treffenden Maßnahmen oder dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt wurden.

Im Rahmen des **Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW)**, dessen Bürogeschäfte das Büro des Magistratsdirektors führt, sind im Jahre 1985 205 Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung der Stadt Wien eingelangt. Die Gesamtzahl der seit der Institutionalisierung des Vorschlagswesens im Jahre 1970 eingereichten Verbesserungsvorschläge hat sich damit auf 2.803 erhöht. Von den 186 in den sieben Sitzungen des Ausschusses für das Betriebliche Vorschlagswesen im Jahre 1985 geprüften Vorschlägen wurden 72 für realisierbar befunden und mit Prämien bedacht. Die Summe der zuerkannten Prämien betrug 139.700 S; die höchste Einzelprämie wurde mit 15.000 S dotiert.

Die **Beratende EDV-Kommission** befaßt sich mit allen Fragen der automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Magistrates und prüft besonders die Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Dringlichkeit von EDV-Vorhaben, sie legt weiters Prioritäten und zeitliche Abläufe fest und verfolgt die Durchführung der genehmigten Projekte. Ziel ihrer Tätigkeit ist es, dem Magistratsdirektor Grundlagen für Entscheidungen auf diesem Gebiet zu liefern. Die Kommission tagte 1985 elfmal; in den beiden letzten Sitzungen wurde auch über die Fortschreibung des 1979 entwickelten mittelfristigen EDV-Konzeptes um ein weiteres Jahr beraten.

Ein Beispiel für die oft umfangreiche Koordinierungstätigkeit ist die im Jahre 1985 erfolgte Vergabe von Aufträgen zur Betreuung von Gehsteigen in städtischen Liegenschaften während der Wintermonate in Form eines neuen Bezirkskontrahentensystems. Zu erwähnen ist auch, daß unter der ständigen Kontrolle des Büros des Magistratsdirektors alle erforderlichen Maßnahmen gesetzt wurden, um den termingerechten Einbau der Rauchgasreinigungsanlage in der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig zu gewährleisten.

Die Tätigkeit der **Magistratsdirektion-Koordinationsbüro (MD-KOB)** konzentrierte sich im Jahre 1985 neben der Abstimmung von ressortübergreifenden Einzelproblemen vor allem auf die Entwicklung von Entscheidungshil-

fen für die Stadtentwicklungspolitik, auf die Koordination der Grundlagen-, Rohstoff- und Energieforschung, auf die Koordination der Aktivitäten im Donaubeereich sowie auf Angelegenheiten, die die Stadt Wien und den Bund bzw. Internationale Organisationen betreffen.

Im Aufgabenbereich Stadtentwicklungspolitik lag das Schwergewicht der Tätigkeiten der MD-KOB in der Bereitstellung von Verhandlungs- und Entscheidungsgrundlagen, in der Zusammenstellung von thematischen Übersichten, in Stellungnahmen zu aktuellen Problemen der Stadtentwicklung und in der Koordination ressortübergreifender Fragen. Von der am 22. März 1985 konstituierten „Wiener Stadtentwicklungskommission“ wurde der „Stadtentwicklungsbericht 1985“ ausgearbeitet, der u. a. Empfehlungen über weitere Bearbeitungsschwerpunkte des Arbeitsausschusses enthält. Die MD-KOB arbeitete vor allem Beiträge aus zu den Themen Wohnungswesen und Stadterneuerung, ruhender Verkehr, Pendlerentwicklung, Randwanderung der Wohnbevölkerung und Entwicklung der Arbeitsplätze. Zur Lösung der Umwelt-, Stadterneuerungs- und Verkehrsprobleme im Bereich des Gürtels, der Süd- und Westeinfahrt Wiens wurde im September 1984 eine „Projektorganisation“ eingerichtet. In ihr wirkten Vertreter der MD-KOB mit, sie leiteten u. a. die Arbeitskreise „Stadtentwicklungspolitik“ und „Wirtschaft“. Die Beschaffung und Aufbereitung von Daten im engeren und weiteren Einzugsbereich wurde koordiniert.

Mit den zuständigen Dienststellen abgestimmte Grundlagen wurden u. a. zu den Problemen des Wienerwaldes, zu den Themen „Vollwertiges Wohnen“, „Ruhender Verkehr“ und „Niederösterreichische Landeshauptstadt“ erstellt. Außerdem führte man eine Erhebung über die Leistungen der Stadt Wien für kinderreiche Familien durch. Die umfassende Darstellung der Lage, Probleme und Entwicklungstendenzen der Wiener Trinkwasserversorgung trug zur Entscheidung bei, die Pfannbauerquelle in die 1. Wiener Hochquellenwasserleitung einzubeziehen.

Auch 1985 wurden die Leistungen der Stadt Wien umfassend und detailliert zusammengetragen und in Form eines Tätigkeitsberichtes dargestellt.

In Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen wurden ein koordiniertes Forschungsprogramm für 1986 und Schwerpunkte eines mittelfristigen Forschungsprogrammes erarbeitet. Eine Übersicht über die fertiggestellten Forschungsarbeiten wurde erarbeitet und an alle interessierten Dienststellen übermittelt.

In der Geschäftsstelle des Koordinationskomitees Bund/Land Wien für Rohstoffforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung, die in der MD-KOB eingerichtet ist, wurde die Finanzierung von folgenden Untersuchungen abgewickelt: Untersuchung des Untergrundes, Biotopkartierung Wien, Biologischer Landbau, Kartierung zu Rohstoffforschungsprojekten, Grundwasseruntersuchungen.

Die im Jahre 1984 gegründete Arbeitsgemeinschaft „Mittlere Donau“, der der Freistaat Bayern, Niederösterreich, Oberösterreich und Wien angehören, soll zur Beratung über gemeinsame Anliegen, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Natur- und Umweltschutzes, der Land- und Forstwirtschaft, des Fremdenverkehrs, der Kultur und der Wissenschaft dienen. 1985 wurde die MD-KOB mit der Federführung des Arbeitskreises 2 betraut, der sich mit folgenden Themen beschäftigt: Grenzüberschreitender Katastrophenschutz und Rettungsdienste, grenzüberschreitender Transport von Sonderabfällen, Wasserwirtschaft und Schifffahrt.

Die MD-KOB wirkte 1985 an den Vorbereitungsarbeiten zur Gründung einer „Österreichisch-ungarischen Raumordnungskommission“ mit, die Anfang 1986 ihre Arbeit aufnehmen wird. Von österreichischer Seite werden der Bund, die Länder Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Wien vertreten sein. Auf Beamtenebene werden die Interessen Wiens von der MD-KOB wahrgenommen. Die Kommission soll vor allem über gemeinsame Anliegen auf dem Gebiet der Raumordnung, des Verkehrs, des Fremdenverkehrs und der Stadterneuerung beraten.

Bei der Volkszählung 1981 hatte die Unklarheit über den Begriff „ordentlicher Wohnsitz“ dem Land Wien erhebliche Probleme gebracht. Um hier in Hinkunft Klarheit zu schaffen, hat die MD-KOB zusammen mit anderen Dienststellen eindeutige Bestimmungskriterien ausgearbeitet, über die mit dem Bundesministerium für Inneres verhandelt wurde. In eine ähnliche Richtung gingen die Bemühungen bei der Novellierung des Meldegesetzes 1985, die dazu führten, daß die irreführenden Erläuterungen auf der Rückseite des Meldezettels entfielen und zukünftig eine deutlichere Zuordnung des Hauptwohnsitzes zu einer Gemeinde möglich ist.

Gemeinsam mit dem Statistischen Amt der Stadt Wien wurde die Datensammlung „Wiener Bezirksdaten“ abgeschlossen und in 23 Bänden im September 1985 veröffentlicht. Sie stellen ein wertvolles Informationsmaterial auf Bezirksebene dar.

Im Rahmen der Mitwirkung an Vorhaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) arbeitete die MD-KOB an internationalen Vergleichen mit, in denen der wirtschaftliche Anpassungsprozeß der Städte in Industriestaaten analysiert wird.

Bei den laufenden Verhandlungen zwischen dem Bund und der Stadt Wien oblag der MD-KOB die Ermittlung, Erarbeitung und Zusammenstellung von Verhandlungsgrundlagen, insbesondere auf folgenden Gebieten: Weiterer Ausbau des Schienenverbundes (U-Bahn, S-Bahn), Schaffung eines Flüchtlingsfonds, Volkszählungsgesetz, Hochwasserschutz-Donaukraftwerk Wien, Umweltfonds, Förderung der Entsorgungsbetriebe Simmering, Bundeskrankenanstaltengesetz, Stadionausbau, Internationale Schule, Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft.

Einen Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-KOB bildete die Arbeit der Koordinationsstelle Donaubeereich Wien. Nach Abschluß der Verhandlungen über den Verkauf des Landesanteiles Niederösterreichs im Donaubeereich wurde die endgültige Fassung des Grundsatzübereinkommens über die Realteilung des Donaubeereiches zwischen Bund und

Stadt Wien ausgearbeitet und der Donauhochwasserschutzkonkurrenz vorgelegt. Einer Beschlußfassung der gesetzlich zuständigen Körperschaften Bund und Land Wien steht somit nichts mehr im Wege.

Die Bauarbeiten im Donaubereich (Errichtung von Donauinsel und Neuer Donau) konzentrierten sich auf den Abschnitt Reichsbrücke — Wehr I und am rechten Donauufer auf das Gebiet zwischen Brigittenauer Brücke und Reichsbrücke. Am südlichen Ende des Entlastungsgerinnes wurden für die Errichtung des Wehres II, nach dessen Fertigstellung die Neue Donau ihre Hochwasserschutzfunktion voll erfüllen kann, die ersten Vorarbeiten aufgenommen. Nach dem Abschluß der Bauarbeiten zwischen Brigittenauer Brücke und Reichsbrücke wurde im Frühjahr 1985 ein wichtiger, zentraler Teil der Donauinsel und der Neuen Donau zur allgemeinen Benutzung freigegeben. Durch die Eröffnung des inselseitigen Abganges der Station „Donauinsel“ der U1 konnte die Erreichbarkeit der Donauinsel wesentlich verbessert werden.

Von den vielen Veranstaltungen, die zu koordinieren waren, sind vor allem das Donauinselfest vom Mai 1985 mit rund 600.000 bis 700.000 Besuchern, die Union-Bundeskampfspiele vom Juli 1985, das ÖGB-Bundesjugentreffen vom August 1985 und der erstmals auf der Donauinsel beim Cyclodrom durchgeführte Prolog der Österreich-Radrundfahrt hervorzuheben.

Die jahrelangen Bemühungen der Koordinationsstelle Donaubereich Wien, den Getreidespeicher am rechten Stromufer im 2. Bezirk zu revitalisieren, konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Ein schwedischer Hotelkonzern wird das Gebäude um rund 50 Millionen Schilling erwerben und mit einem Kostenaufwand von rund 400 Millionen Schilling bis Mitte 1987 in ein Hotel mit 760 Betten umwandeln.

Zu einem positiven Ergebnis führten auch die intensiven Gespräche mit der Firma WIGAST über die Errichtung eines Campingplatzes am Kleehäufel in der Nähe der Südosttangente bei der Raffineriestraße. Der Campingplatz wird im Sommer 1986 zumindest teilweise in Betrieb gehen.

Im Zusammenhang mit der Errichtung einer Staustufe östlich von Wien wurde eine Ökologiekommision der Bundesregierung eingesetzt, in der die Koordinationsstelle Donaubereich Wien die Interessen der Stadt Wien wahrzunehmen hat.

Im Hinblick auf die geplante Errichtung einer Staustufe Wien durch die Donaukraftwerke AG wurde in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachabteilungen eine Bestandsaufnahme der Wünsche der Stadt Wien als Grundlage für zu erwartende Verhandlungen durchgeführt.

Der der MD-KOB angeschlossene „Arbeitskreis Energie“ setzte seine Untersuchungen über Sonnenenergie fort. An verschiedenen Anlagekomponenten der Sonnenkollektoren der 4. Generation wurden weitere technische Verbesserungen vorgenommen. Die Versuchsanlage im städtischen Wohnhaus in 23, Johann-Gottek-Gasse 18, wurde fortgeführt. Vom Arbeitskreis wurde ein neues System entwickelt, mit dem man die Fernwärme zur Aufbereitung von Gebrauchswarmwasser einsetzen kann. Im Hallen- und Freibad Hietzing wurde ein Untersuchungsprogramm entwickelt, das Auskunft über den Energiefluß bei einer vollelektrischen Wärmeversorgung bringen soll. Die umfangreichen Arbeiten am „Fernwärmeatlas von Wien“, der mit etwa 200 Stadtkarten einen wichtigen Behelf für den Anschluß von Wohnhausanlagen und öffentlichen Gebäuden an die Fernwärme darstellt, wurden in Zusammenarbeit mit der MD-ADV fortgesetzt. Dabei wurde bis Jahresende der Grad der Fernwärmeversorgung für 77 Prozent des Wiener Bauvolumens ermittelt und grafisch bzw. tabellarisch verarbeitet. Außerdem wurden die Untersuchungen des Arbeitskreises zum Bau einer Großwärmepumpe bei der Heilquelle Oberlaa, die die Wärme des Heilquellwassers verwerten soll, fortgesetzt.

Die **Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie (MD-VA)** hat auch im Jahre 1985 ihre Aufgabe als zentrale Bildungseinrichtung für die berufliche Aus- und Fortbildung sowie für die Schulung von Führungskräften in reichem Maß wahrgenommen. Bereits kurze Zeit nach Dienst Eintritt werden im Zuge der Ausbildung Bedienstete der Verwendungsgruppen A und B und auch technische Bedienstete der Verwendungsgruppe C/D während eines einwöchigen Einführungsseminares mit den Grundzügen der Organisation und mit den Aufgaben der Stadtverwaltung vertraut gemacht. Im Jahre 1985 hielt die MD-VA 17 solcher Einführungsseminare mit insgesamt 289 Teilnehmern ab. Erstmals wurde im Jahre 1985 ein einwöchiges Einführungsseminar für neu zugeteilte Schreibkräfte der MA 17 abgehalten, das als Schwerpunkte die Organisation und den Aufbau der Spitalsverwaltung sowie die Vermittlung moderner Bürotechnik unter Anwendung der medizinischen Fachausdrücke zum Inhalt hatte.

Im Rahmen der Vorbereitungskurse für Dienstprüfungen wurde bereits im April 1985 ein Ausbildungskurs für den rechtskundigen Dienst begonnen, an dem 14 rechtskundige Bedienstete teilnehmen und der Anfang Mai 1986 abgeschlossen sein wird. In der MD-VA begannen im Herbst 1985 20 Dienstprüfungskurse für 364 Bedienstete der Verwendungsgruppen B und D, die im Frühjahr 1986 beendet werden. Die Kurse werden mit Vorträgen eröffnet, die den Verlauf, das Ziel und die Bedeutung der Kurse behandeln. In den Vorträgen wird auch auf die Stellung und die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung im Gesamtgefüge des Staates eingegangen und das Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung im Sinne einer bürgernahen Verwaltung beleuchtet. An diese Eröffnungsvorträge schließen psychologische Einführungsseminare an, in denen die Teilnehmer u. a. die Erkenntnisse der Lernpsychologie und praktische Lernhilfen kennenlernen, um den Anforderungen der Kurse und der Dienstprüfungen besser entsprechen zu können. Die Vorbereitungskurse für Dienstprüfungen werden teils von der MD-VA selbst, teils im Auftrag der MD-VA von der Stadtbaudirektion, der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke und

von der MA 13 geführt. Im Bereich der Stadtbaudirektion begannen ein Kurs für Beamte des höheren technischen Dienstes, drei Kurse für Fachbeamte des technischen Dienstes und vier Kurse für C/D-Techniker (Werkmeister, Betriebsbeamte), in der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke laufen ein Kurs für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, drei Kurse für Kanzleibedienstete und zwei Kurse für technische Bedienstete. In der MA 13 wurden zwei Vorbereitungskurse für die Dienstprüfung beendet. Die im Jahre 1984 begonnenen Vorbereitungskurse wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1985 mit den Dienstprüfungen abgeschlossen. Im Juni 1985 wurden im Einvernehmen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten einige Änderungen bei den Dienstprüfungen vorgenommen: So wird die Einzelbewertung der Prüfungsgegenstände im Prüfungsprotokoll ersichtlich gemacht und im Fall einer Wiederholungsprüfung berücksichtigt; die schriftliche Prüfung muß bei Nichtbestehen der Prüfung nur dann wiederholt werden, wenn auch sie negativ war. Noch vor dem Besuch des Dienstprüfungskurses werden für jene Fachbeamten des Verwaltungsdienstes, die über keine ausreichenden Maschinschreibkenntnisse verfügen, Maschinschreibkurse durchgeführt. 1985 waren dies vier Kurse mit insgesamt 69 Teilnehmern.

Gegenwärtig stehen 112 verschiedene Skripten den Bediensteten für ihre Vorbereitung zur Dienstprüfung, aber auch für die fachliche Weiterbildung zur Verfügung. 1984 wurde damit begonnen, bei allfälligen Neuauflagen die Skriptenoriginals mittels der automatischen Textverarbeitung zu erstellen und zu speichern, damit textliche Neuerungen und Änderungen in Zukunft ohne großen Schreibaufwand durchgeführt werden können. Ende 1985 waren bereits über 50 Prozent aller Skriptenoriginals eingespeichert. Dabei wurde ebenso größtes Augenmerk auf den pädagogisch richtigen Aufbau, auf die Gliederung und Auflockerung der Texte durch Skizzen und Zeichnungen gelegt, wie auf die optische Gestaltung der Skripten. 1985 wurden 10.688 Skripten, die als Lernbehelf für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen und gleichzeitig als Arbeitsbehelf für die dienstliche Tätigkeit dienen, den städtischen Bediensteten kostenlos zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden 3.436 Exemplare von Dienststellen angefordert.

Mit 1. Juli 1985 wurde die neue Kanzleiordnung in Kraft gesetzt und in einer Broschüre aufgelegt. Bis Ende 1985 wurden 2.544 Exemplare von den Dienststellen zusätzlich bei der MD-VA angefordert.

Im Rahmen der fachspezifischen Fortbildung wurden wieder in einigen Abteilungen Veranstaltungen durchgeführt, die das Fachwissen der Bediensteten erweitern und vertiefen sollen. Im Einvernehmen mit den jeweiligen Dienststellen wurden von der MD-VA Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt für Bedienstete der Wohnhäuserverwaltung, Amtstierärzte des Veterinäramtes, Mitarbeiter der Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten, für Bedienstete des Jugendamtes auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechtes, für Bedienstete des technischen Aufsichtsdienstes und für Bedienstete, die mit der Vollziehung des Wohnbauförderungsgesetzes 1984 befaßt sind. Im Jahre 1985 wurden auch für jene Schulwarte der MA 56 und Badewarte der MA 44, die noch keine Ausbildung in Erster Hilfe erhalten haben, entsprechende Kurse abgehalten. Die vom Landeshauptmann bestellten Sachverständigen für Lenkerprüfungen wurden in der Richtung geschult, durch Zusammenarbeit von Ausbildung und Prüfung für Führerscheinwerber eine größere Praxisnähe und mehr Sicherheit im Straßenverkehr zu erreichen.

Die im Jahre 1984 begonnenen Fortbildungslehrgänge für Bedienstete, die in der Materialverwaltung und Küchenregie der städtischen Krankenanstalten arbeiten, wurden während des ganzen Jahres fortgeführt und werden im Frühjahr 1986 ihren Abschluß finden. Der Inhalt dieser Lehrgänge wurde ständig an die Bedürfnisse der Praxis angepaßt, so daß die Information der Mitarbeiter immer auf dem aktuellsten Stand gehalten wurde.

Für die Bediensteten der Personalstellen in Krankenanstalten wurde ein Fortbildungslehrgang unter Federführung der MD-VA mit Vertretern der Zentrale der MA 17 und einzelnen Bediensteten der Personalstellen erarbeitet, der 1986 abgehalten werden wird. Auch bei diesem Lehrgang wird inhaltlich völlig auf die Bedürfnisse der Praxis Rücksicht genommen, so daß durch diese Schulung die Kenntnisse und Fähigkeiten der Bediensteten vertieft bzw. ergänzt werden. Neben den fachspezifischen Vorträgen beinhaltet das Schulungsprogramm ein Seminar, das durch die Erkenntnisse der angewandten Psychologie Hilfestellungen im kommunikativen Bereich bieten soll.

Ein weiterer Schwerpunkt der Fortbildungsmaßnahmen in der Spitalsverwaltung umfaßt die Schulung der Haus(ober)aufseher. Unter Berücksichtigung von Kontrollamtsberichten bzw. nach vorherigen Erhebungen in den Spitälern und der Auswertung eines Fragebogens wurden die Verwaltungsdirektoren über das umfassende Schulungsprogramm für die Bediensteten der Hausaufsicht informiert; sie haben die Möglichkeit, Anregungen und Ergänzungen zu dem Programm zu machen. Es umfaßte zunächst die Bereiche Reinigung von Objekten und Erstellen eines Reinigungsplanes, Führung von Mitarbeitern, Sicherheit im Krankenhaus und Dienstrecht. Das Programm wurde zum Großteil in mehreren Blöcken im Jahre 1985 durchgeführt und abgeschlossen. Eine auf dieser Grundschulung aufbauende Weiterbildung ist für 1986 vorgesehen und soll vor allem bei der Bewältigung der organisatorischen Maßnahmen eine Hilfestellung geben.

Großes Augenmerk wurde im Jahre 1985 auf die Bereiche Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz gelegt. Die Bestellung von Sicherheitsvertrauenspersonen und Brandschutzbeauftragten erforderte selbstverständlich umfassende Schulungsmaßnahmen. Neben allgemeinen Vorträgen wurden für diese Personengruppen Brandschutzseminare in Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen neu eingerichtet und durch einen praktischen Teil (aktive Löschübungen) ergänzt. Dazu gehören neben Erste-Hilfe-Kursen auch Seminare über Hygiene und Reinigung der städtischen Bäder für Betriebsbeamte der MA 44.

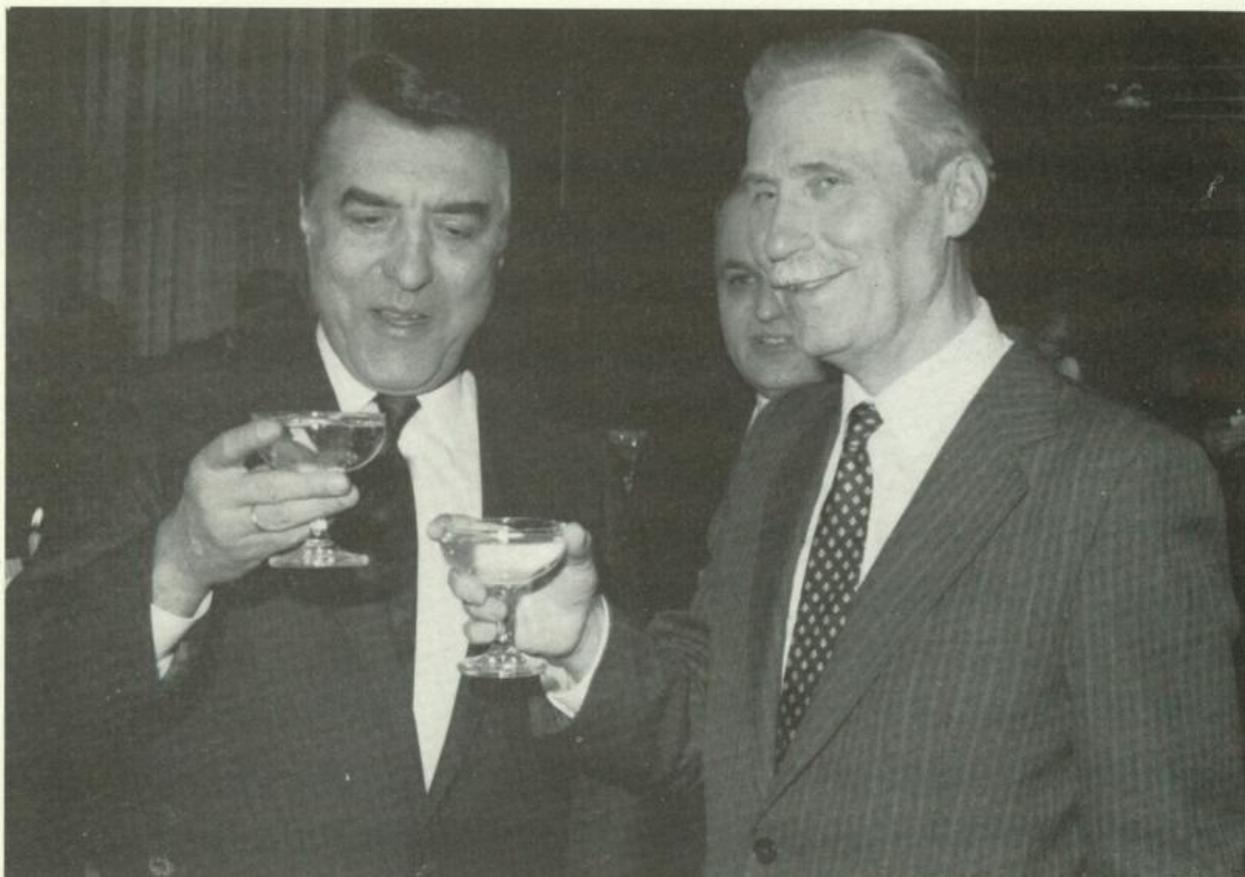


Aus Anlaß des 40. Jahrestages der ersten Landtagsversammlung nach dem Krieg fand am 31. 12. 1985 im Gemeinderatssitzungssaal eine Festsitzung statt.

Magistratsdirektion

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk in der neuen Fußgängerzone „Mölkersteig“





Der Ministerpräsident der Volksrepublik Ungarn, Györy Lazar, und Bürgermeister Dr. Helmut Zilk stießen im Stadtsenatssitzungssaal auf gute Zusammenarbeit an

Ehrengäste im Wiener Rathaus

Vizebürgermeister Hans Mayr überreichte Johannes Rau, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, ein Geschenk



Die seit mehreren Jahren durchgeführten Seminare „Psychologisches Führungskräfte-Training“ für Dienststellenleiter und deren Stellvertreter wurden durch die neu konzipierte Seminarreihe „Kommunikations- und Führungstraining“ ergänzt, mit der man Ende 1985 begann. Zielgruppe dieser Seminarreihe sind Bedienstete des „mittleren Managements“ (Gruppenleiter, Referatsleiter usw.), die bereits mit Führungsaufgaben betraut sind und daher Hilfestellungen zur Bewältigung ihres Aufgabenbereiches erhalten sollen. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieses Seminars liegen einerseits im kommunikativen Bereich, wobei Methoden zur vertieften Selbsterkenntnis, Streßbewältigung, Konfliktlösung usw. erarbeitet werden, und andererseits im Verhältnis von Vorgesetzten zu Mitarbeitern, mit der Zielsetzung, ein effizientes und zeitgemäßes Führungsverhalten zu erreichen.

Auf Initiative von Frau Stadtrat Friederike Seidl hat die MD-VA ein besonderes Frauenförderungsprogramm in ihre Veranstaltungstätigkeit aufgenommen. Im Rahmen dieses Programmes wurde eine neue Seminarreihe „Verhaltens- und Verhandlungstraining für weibliche Führungskräfte“ entwickelt, um Frauen für ihre Tätigkeit besser auszubilden und ihnen den Aufstieg in höhere Positionen zu erleichtern. Ab Oktober 1985 wurden drei derartige Seminare durchgeführt, an denen Frauen in mittleren Führungspositionen teilgenommen haben. Es wurden die spezifische Problemsituation der weiblichen Führungskraft behandelt sowie Präsentations-, Argumentations- und Konferenztechniken vermittelt. Diese Seminarreihe wird 1986 fortgesetzt werden. Ferner hat die MD-VA bereits ein Konzept für ein Aufbau-seminar ausgearbeitet, in dem das Verhalten der Frau als Führungskraft im Vordergrund stehen wird.

Im Jahre 1985 wurde, bedingt durch den Ausfall einiger Stenografen, damit begonnen, Mitarbeiter zu finden, die in der Lage und bereit sind, die Reden im Wiener Landtag und Gemeinderat mitzuschreiben und zu Protokoll zu bringen. Da diese Tätigkeit ausgezeichnete Stenografiekenntnisse erfordert, wurde ab Sommer 1985 ein Kleingruppenkurs eingerichtet, um die erforderlichen Spitzenleistungen erreichen zu können.

Verhandlungen führen, reden, vortragen, Präsentationen vorbereiten und abhalten — das sind Aufgaben, die über den fachlichen Bereich hinaus von vielen Bediensteten zu besorgen sind und die an diese große Anforderungen stellen. Die MD-VA hat daher allein im Jahre 1985 zwei Seminare „Präsentationstechnik“, drei Seminare „Rhetorische Kommunikation für Vortragende“ und 13 Seminare „Rede- und Verhandlungstraining“ auf verschiedenen Schwierigkeitsstufen entweder angeboten oder dazu gezielt Teilnehmer eingeladen. Zielsetzung dieser Seminare ist die Steigerung der Fähigkeit, erfolgreich Gespräche zu führen, wirksam zu argumentieren und sich situationsbezogen zu verhalten.

Die berufs- und aufgabenspezifischen Fortbildungsveranstaltungen, die in Form von Vorträgen, Seminaren und Kursen durchgeführt werden und zu denen Gruppen von Bediensteten gezielt eingeladen werden, bilden den Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-VA. Darüber hinaus führt sie Veranstaltungen durch, die von jedem Bediensteten besucht werden können, sofern es der Dienst erlaubt. Die Veranstaltungen werden durch Erlässe der Magistratsdirektion und durch die in den Dienststellen zum Aushang kommenden Plakate bekanntgegeben. Hier wird die Möglichkeit geboten, neue Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Theorie und Praxis kennenzulernen und sich über wirtschaftliche Probleme der Stadt Wien zu informieren. Die Tätigkeiten der Stadtverwaltung auf den Gebieten des Planens und Bauens sowie im sozialen und gesundheitlichen Bereich zählen ebenso zu den Themen der Vorträge wie solche im Bereiche des Umweltschutzes, des Konsumentenschutzes und der Energieversorgung. Schließlich wird den Bediensteten auch die Möglichkeit geboten, sich auf dem Gebiet der automatischen Datenverarbeitung auszubilden.

Großer Beliebtheit erfreuen sich die Sprachkurse für Englisch, Französisch und Russisch. Neu in das Kursprogramm aufgenommen wurde ein Kurs mit dem Titel „Denke auf Englisch“, der sich speziell mit der Aussprache, gebräuchlichen Redewendungen und der Grammatik befaßt und sehr großen Zuspruch fand. Im Herbst 1985 konnten insgesamt 19 Sprachkurse eingerichtet werden.

Das Fortbildungsangebot beinhaltet auch Kurse auf verschiedenen Schwierigkeitsstufen in Stenografie und Maschinschreiben, weiters die Kurse „Hauptschwierigkeiten der deutschen Sprache“ sowie Stenotypiekurse.

Für Bürokaufmannslehrlinge werden von der MD-VA gemeinsam mit der MD-VR Stützkurse für Maschinschreiben und Rechtschreiben sowie Vorbereitungskurse für die Lehrabschlussprüfung durchgeführt.

Den neu aufgenommenen Bürokaufmannslehrlingen, Betriebsschlosser- und Kraftfahrzeugmechanikerlehrlingen, Tischler- und Bäckerlehrlingen sowie bautechnischen Zeichnerlehrlingen wurden aus Mittel der MD-VA je fünf Bildungsschecks im Nennwert von 100 S übergeben, mit denen der Besuch von Veranstaltungen der Wiener Volkshochschulen und des Österreichischen Stenografenverbandes finanziert werden kann. Im Jahre 1985 wurden Gutscheine im Wert von 44.000 S eingelöst.

Die intensive Tätigkeit der MD-VA auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung zeigt sich auch an der hohen Zahl der Veranstaltungen und Teilnehmer. So nahmen 1985 an den 545 Veranstaltungen fast 10.000 Besucher teil, wobei anzumerken ist, daß einige Kurse, wie Sprach-, Maschinschreib- und Stenografie-kurse sowie viele Seminarreihen, jeweils nur als Einzelveranstaltung gerechnet wurden.

Den Bediensteten wird von der MD-VA auch die Möglichkeit geboten, Fortbildungsveranstaltungen anderer Bildungseinrichtungen zu besuchen, wenn der Besuch im dienstlichen Interesse liegt und eine derartige Veranstaltung im Programm der MD-VA nicht vorgesehen ist. Dafür wurden im Jahre 1985 rund 504.000 S aufgewendet.

Zu den schon bisher vorhandenen 22 Kurs- und Seminarräumen der MD-VA konnte im Jänner 1985 im Amtshaus in 1, Ebendorferstraße 2, ein weiterer Saal für Kurse, Vorträge und Seminare eingerichtet und in Betrieb genommen werden; wie alle anderen Kurssäle wurde er mit modernen audiovisuellen Geräten ausgestattet. Die für den Seminar- und Kursbetrieb notwendigen technischen Geräte konnten durch die Anschaffung einer neuen Farbvideoanlage und von fünf Kassettenrecordern für den Sprachunterricht ergänzt werden.

Die MD-VA hat in den letzten Jahren auf die zunehmende Büroautomation Bedacht genommen und für die unterschiedlichen Anforderungen im Magistrat ein vielfältiges Ausbildungsprogramm bereitgestellt. Es wurden einwöchige Halbtagsseminare, die ein Bild über die Grundzüge der EDV vermittelten, ebenso angeboten wie Textverarbeitungskurse für größere Bedienergruppen in den magistratischen Bezirksämtern, EDV-Fachvorträge und schließlich BASIC-Kurse für jene Interessenten, die für dienstliche, aber auch private Zwecke einen Einblick in die Grundbegriffe des Programmierens erhalten wollen. Mit zunehmender Verbreitung des **Integrierten Büroverwaltungssystems** im Magistrat der Stadt Wien stieg die Zahl der Bediensteten, die einer Einführung in die Bedienung der Terminals und Drucker bedurften und in den Grundzügen der Textverarbeitung zu unterweisen waren, sprunghaft an. An die Bewältigung der Ausbildungsanforderungen durch Bedienstete der automatischen Datenverarbeitung war insbesondere bei der Erschließung großer Dienststellen nicht mehr zu denken. Vor allem aus der Überlegung heraus, daß die Einschulung von EDV-Anwendern allein durch Fachleute nicht immer positive Nutzenwendungen zeigt, wurde die Schulung auf den Gebieten der Textverarbeitung und des Integrierten Büroverwaltungssystems vorwiegend solchen Bediensteten übertragen, die der MD-ADV selbst nicht angehören, aber zu den Anwendern des Systems zählen, bereits ausreichende Erfahrung besitzen und über die nötigen didaktischen Fähigkeiten verfügen. Sowohl Auswahl wie Schulung dieses Trainerkreises wird von Fachleuten nach psychologischen, didaktischen und EDV-fachlichen Gesichtspunkten durchgeführt. Wie die Beurteilungen solcher Kurse zeigen, besitzen gerade jene Bediensteten, die ebenso wie die zu schulenden Anwender aus dem Kreis der Kanzleibediensteten, der Fachbeamten des Verwaltungsdienstes oder des höheren technischen Dienstes stammen, die besten Voraussetzungen für einen guten Kontakt zu den neuen Anwendern, können die Schwellenangst abbauen und verstehen es ausgezeichnet, die Bediensteten zu motivieren. Darüber hinaus trägt die Übertragung derartiger Ausbildungsagenden gerade bei jenen Trainern, deren dienstliche Verwendung bisher wenig eigenverantwortliche Tätigkeit vorsah, wesentlich zu ihrer Persönlichkeitsbildung bei und eröffnet ihnen einen neuen Wirkungskreis. Das Echo der bisher abgehaltenen 50 Schulungsveranstaltungen für insgesamt 250 Bedienstete hat gezeigt, daß die gewählte Ausbildungsform sehr effizient ist, den Bedürfnissen der Anwender gerecht wird und daher als Modell für künftige Aufgaben bei der Automatisierung des Arbeitsplatzes im Auge behalten werden muß.

Im Rahmen der Jugendbetreuung wurden im Jahre 1985 insgesamt 198 Veranstaltungen durchgeführt, an denen 7.459 Jugendliche teilnahmen. Der zu betreuende Personenkreis umfaßte Lehrlinge aller drei Lehrjahre, Kanzlei-, Verwaltungs- und Büchereibedienstete, Bedienstete des technischen Dienstes, Sozialarbeiter und Erzieher der Geburtsjahrgänge 1965 bis 1967 sowie Krankenpflegeschülerinnen und -schüler der Stadt Wien.

Um die Lehrlinge mit den vielfältigen Aufgaben einer modernen Stadtverwaltung und deren kulturellen Institutionen bekanntzumachen, wurden u. a. Vorträge über die Aufgaben des Marktamtes, die Kulturaufgaben der Stadt Wien und die Aufgaben und Leistungen der Wiener Stadtwerke organisiert. Ferner erhielt die Zielgruppe Einladungen zu Führungen durch das Wiener Rathaus, das Historische Museum der Stadt Wien und das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Die Lehrlinge lernten auch die Einrichtungen der Zentralfeuerwache kennen. Anlässlich der Beendigung der Lehrzeit veranstaltete man eintägige Abschlusssfahrten nach Gmunden; jene Lehrlinge, die ihre Lehrabschlussprüfung mit Erfolg bestanden hatten, wurden im Rahmen eines Festaktes, der für diesen Personenkreis den Höhepunkt und Abschluß der Lehrzeit darstellt, besonders geehrt. Sie erhielten ihr Prüfungsdiplom, das Staatsbürgerbuch sowie für besonders gute Leistungen Golddukat. Jene 63 Lehrlinge, die im 1. und 2. Schuljahr einen ausgezeichneten Lernerfolg vorweisen konnten, wurden zu einer Besichtigung des Österreichischen Filmarchives in Laxenburg und anschließend zu einer Jause eingeladen.

Die Kanzlei-, Verwaltungs- und Büchereibediensteten sowie die technischen Bediensteten wurden in dem Vortrag „Die Bezüge bei der Stadt Wien“ mit Fragen des Steuerrechtes und der Sozialversicherung vertraut gemacht, ferner hatte dieser Personenkreis im Rahmen der Vortragsreihe „Österreichische Gerichtsbarkeit bzw. Wege zur Rechtsfindung“ die Gelegenheit, einer Gerichtsverhandlung am Jugendgerichtshof Wien beizuwohnen. Außerdem standen wieder vier Filmseminare „Neue Zeitgeschichte“ mit einer Führung durch das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen auf dem Programm.

Erstmalig hatten Krankenpflegeschülerinnen und -schüler die Möglichkeit, neben den Rehabilitationszentren Stollhof und Hohegg auch Bad Tatzmannsdorf im Rahmen einer Ganztagesexkursion kennenzulernen.

Im Juni 1985 wurden 499 junge Bedienstete zu einer Schifffahrt nach Dürnstein eingeladen. Im Dezember 1985 erhielt der Personenkreis der 19- und 20jährigen eine Einladung zu einer Vorstellung des Musicals „Cats“.

25 jungen Fachbediensteten des Verwaltungs- und Büchereidienstes, die sich durch besondere Leistungen im Dienst und bei Dienstprüfungen ausgezeichnet hatten, bot man während einer einwöchigen Studienreise nach Hamburg und Lübeck die Gelegenheit, die Verwaltung dieser Städte kennenzulernen, um dadurch ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu erweitern.

Für Studiengruppen aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Schweden wurden Informationsveranstaltungen organisiert, um die ausländischen Gäste über die Einrichtungen der Wiener Stadtverwaltung zu informieren. Die einzelnen Vortragsreihen, die die organisatorischen, finanziellen und kulturellen Belange der Stadt Wien aufzeigen, tragen wesentlich zum internationalen Erfahrungsaustausch bei.

Das Wachsen der Aufgaben der Verwaltung bedingt eine ständig steigende Gesetzesflut. Zweifellos wird das Recht dadurch immer unüberschaubarer. Darunter leidet nicht nur die Verwaltung selbst, sondern vor allem auch der Staatsbürger, der die ihn betreffenden Vorschriften, wenn er sie einhalten soll, auch auffinden und kennen muß. Da sich die moderne Verwaltung heute als Servicestelle für den Bürger versteht, ist es nicht nur ihre Aufgabe, Vorschriften vorzubereiten und zu vollziehen, sondern vor allem auch zeitgerecht zu informieren und zu beraten. Gerade in Wien ist es aufgrund seiner Doppelfunktion als Land und Gemeinde dem Fachmann mit der Zeit fast unmöglich geworden, den Rechtssektor zu überblicken. Der Wiener Landtag hat daher mit dem am 23. November 1984 beschlossenen und am 1. Februar 1985 in Kraft getretenen Rechtsbereinigungsgesetz, zu dem die MD-VA die Vorarbeiten geleistet hat, entscheidend dazu beigetragen, das Wiener Recht überschaubarer zu machen. Mit diesem Gesetz wurden alle vor dem 1. Jänner 1955 in Kraft getretenen, im Range eines Wiener Landesgesetzes stehenden Vorschriften aufgehoben, sofern ihre Weitergeltung nicht ausdrücklich angeordnet ist. Der Weiterbestand ist besonders für solche Vorschriften ausdrücklich vorgesehen, die wiederverlautbart oder in der Anlage zum Gesetz ausdrücklich aufgezählt sind. Es handelt sich um 24 Rechtsvorschriften, von denen die ältesten aus der Zeit der Ersten Republik stammen. Durch das Rechtsbereinigungsgesetz wurde eine wesentliche Voraussetzung für die Herausgabe einer Sammlung der Wiener Rechtsvorschriften geschaffen. Dabei war die Frage zu klären, ob die geplante Publikation an die Stelle der bisherigen Kundmachungsblätter der Stadt Wien treten sollte oder nicht. Für die Entscheidung, die bisherige Form der Kundmachung beizubehalten und die Rechtsvorschriften in einer nichtamtlichen Sammlung durch die Magistratsdirektion herausgeben zu lassen, waren im wesentlichen zwei Gesichtspunkte maßgebend: Wiens Rechtsvorschriften gehören nicht nur dem landesrechtlichen Bereich an, sondern umfassen auch die vom Landeshauptmann und im Rahmen der Gemeindeverwaltung erlassenen Verordnungen. Eine lückenlose Evidenz dieser bisher in verschiedenen Publikationsorganen verlautbarten Vorschriften und vor allem die Möglichkeit zum fehlerfreien Rückgriff auf den früheren Stand von Rechtsvorschriften scheinen durch die traditionelle Kundmachungsmethode am besten gewahrt. Für die Wahl einer nicht authentischen Ausgabe sprach auch die Flexibilität dieser Variante. Bei Wahrung des Anspruches auf weitgehende Vollständigkeit erlaubt sie es doch, auf die Aufnahme nur kurzfristig wirksamer Rechtsnormen zu verzichten.

Gleichzeitig mit den Arbeiten an der Rechtsbereinigung wurden die Wiener Rechtsvorschriften nach Fundstellen und Schlagworten mittels Mikrocomputer gespeichert und auf diese Weise ein automationsunterstützter Fundstellen- und Schlagwortindex erstellt. Dieser konnte den städtischen Dienststellen und anderen interessierten Stellen zur Verfügung gestellt werden. In der Folge wurden sämtliche Wiener Rechtsvorschriften auch im Volltext, und zwar in ihrer geltenden Fassung — also unter Einarbeitung sämtlicher dazu ergangener Novellen —, mittels Textverarbeitung erfaßt und im Wiener Rechenzentrum gespeichert. Der Inhalt dieser Datenbank kann in Form eines bedienerfreundlichen Abfragedialogs über Terminals abgerufen werden. Anschließend wurde der gesamte Textbestand im Wege der Datenfernübertragung in ein Fotosatzgerät der städtischen Druckerei eingespeist. Auf diese Weise konnte eine Lose-Blatt-Ausgabe der Wiener Rechtsvorschriften erstellt werden, die rasch auf den jeweils neuesten Stand gebracht werden kann. Sie wurde im Rahmen einer Präsentationsveranstaltung des Bürgermeisters am 30. September 1985 vor zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens und der Massenmedien vorgestellt.

Die Wiener Rechtsvorschriften-Sammlung enthält eine Zusammenstellung der Wiener Landesgesetze, der Verordnungen des Landes und der Stadt Wien sowie der in Wien in mittelbarer Bundesverwaltung ergangenen Verordnungen des Landeshauptmannes in ihrer geltenden Fassung. Ausgenommen sind lediglich Flächenwidmungs- und Bebauungspläne sowie Verordnungen von nur temporärer Bedeutung. Insgesamt sind in der rund 4.100 Seiten umfassenden Lose-Blatt-Ausgabe über 430 Rechtsvorschriften enthalten, in deren Text die dazu ergangenen Novellen eingearbeitet wurden. Die Lose-Blatt-Ausgabe ist in acht Rechtsgebiete gegliedert, die jeweils in einem Band zusammengefaßt sind. Jeder Band enthält einen Fundstellen- und einen Schlagwortindex, wodurch das Auffinden der Rechtsvorschriften beträchtlich erleichtert wird. Als weitere Hilfe für den Benutzer sind die Schlagworte und Fundstellen sämtlicher Vorschriften der Sammlung in einem neunten Band (Indexband) zusammengefaßt. Die Bände können sowohl in Form der verbilligten Gesamtausgabe als auch einzeln bestellt werden. Die Wiener Rechtsvorschriften-Sammlung wird durch Lieferungen von Austausch- und Ergänzungsblättern periodisch auf den letzten Stand gebracht werden. Im Jahre 1985 konnten von den neun vorgesehenen Bänden bereits vier Bände, und zwar „Verfassungs- und Organisationsrecht“, „Finanzrecht“, „Sozial- und Sanitätsrecht“ sowie „Wirtschafts- und Verkehrsrecht“, ausgeliefert werden. Die Schaffung des Wiener Rechtsbereinigungsgesetzes und die Herausgabe der Lose-Blatt-Ausgabe stellen keinen Abschluß der Wiener Rechtsbereinigung dar, vielmehr sollen Rechtsbereinigung und Rechtserneuerung fortgesetzt werden, wobei die durch die Lose-Blatt-Ausgabe erreichte leichte Zugänglichkeit zum geltenden Recht eine wertvolle Hilfe bietet.

Die Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision (MD-VR) hatte am 31. Dezember 1985 die Dienstaufsicht über 99 Beamte des höheren Verwaltungsdienstes, 11 Beamte des höheren Archivdienstes, 14 Beamte des höheren

Bibliotheksdienstes, 16 Beamte des höheren Dienstes in den Museen, weiters über 2.223 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, worunter ein Teilzeitbeschäftigter ist, 485 Fachbeamte des Erziehungsdienstes und Erzieher, 34 Psychologen der MA 11, 531 Sozialarbeiter (darunter 32 Teilzeitbeschäftigte), 215 Fachbeamte des Büchereidienstes und Büchereibedienstete (darunter 14 Teilzeitbeschäftigte), 108 Bedienstete der automatischen Datenverarbeitung, ferner die Dienstaufsicht über 1 Arzt, 2 Tierärzte, 3.764 Kanzleibeamte (darunter 30 Teilzeitbeschäftigte), 539 Amtsgehilfen, schließlich über 514 Bedienstete der Magistratsdirektion, Sondervertragsbedienstete, Heimaufseher, Kraftwagenlenker, Facharbeiter, Hilfskräfte usw. und über 651 Lehrlinge, und zwar über 582 Bürokaufmanns-, 38 bautechnische Zeichner-, 9 Betriebsschlosser-, 18 Kfz-Mechaniker-, 2 Tischler- und 2 Bäckerlehrlinge. Von diesen 9.207 der Dienstaufsicht unterstellten Bediensteten befanden sich am 31. Dezember 1985 210 im Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft, leisteten 12 den ordentlichen Präsenzdienst bzw. Zivildienst ab und wurde 230 ein Urlaub ohne Bezüge gewährt, in der Mehrzahl der Fälle als Fortsetzung des Karenzurlaubes. 1985 wurden 1.916 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. Durch Pensionierung, Dienstentsagung, Kündigung oder Tod schieden 463 Bedienstete aus.

Auch im Jahre 1985 zeigte sich, ebenso wie in den vergangenen Jahren, ein deutlich steigendes Interesse für die Aufnahme in den Fachverwaltungsdienst. Da die Zahl der Bewerber wesentlich höher war als die der freien Dienstposten, stützte man sich bei der Auswahl auf die Ergebnisse eines Aufnahmetests, der sich sehr bewährt hatte. Unter Bedachtnahme auf notwendige Personaleinsparungsmaßnahmen wurden schließlich die 124 geeignetsten Bewerber aufgenommen. Zusätzlich wurden im Rahmen der „Aktion 8000“ (Beschäftigung von arbeitslosen Jugendlichen im Rahmen des Sonderprogrammes der Arbeitsmarktverwaltung) 14 Bewerber in den Fachverwaltungsdienst aufgenommen. Der Bedarf an Kanzleibeamten wurde ausschließlich aus den Reihen der ausgelernten Bürokaufmannslehrlinge gedeckt.

770 Jugendliche wurden nach ihrer Bewerbung um eine Anstellung im Magistrat zum Aufnahmetest für Bürokaufmannslehrlinge eingeladen. Davon traten 671 Bewerber an, von denen 197 die Prüfung bestanden und zur Aufnahme vorgeschlagen wurden. 160 Jugendliche haben ihre Ausbildung dann begonnen. Von den 42 zum Aufnahmetest geladenen Bewerbern um eine Anstellung als bautechnischer Zeichnerlehrling sind 36 zur Prüfung angetreten. 15 wurden zur Aufnahme vorgeschlagen, 11 haben ihre Ausbildung im September begonnen. Nach der einjährigen Grundausbildung in den Lehrwerkstätten von „Jugend am Werk“ setzten 1985 sechs Kfz-Mechanikerlehrlinge ihre Lehre in der Hauptwerkstätte der MA 48 fort. Nach der zweijährigen Grundausbildung in den Lehrwerkstätten von „Jugend am Werk“ wurden sechs Betriebsschlosserlehrlinge eingestellt. Sie vollenden ihre Lehre in den von der MA 17 verwalteten Krankenanstalten. Weiters bewarben sich drei Jugendliche als Bäckerlehrling und acht als Tischlerlehrling. Von den acht zum Test angetretenen wurden vier für eine Aufnahme vorgeschlagen. Schließlich konnte je einer für die Bäckerei und die Tischlerei im Zentrallager der MA 54 aufgenommen werden. Drei Starkstrommonteur-Lehrlinge im vierten Lehrjahr, die in den Wiener Stadtwerken — Elektrizitätswerke ausgebildet werden, wurden zu einer berufsvorbereitenden Einschulung der MA 34 zugeteilt.

Insgesamt standen mit Stichtag 31. Dezember 1985 651 Jugendliche, die vom Lehrlingsreferat betreut werden, in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien: 582 Bürokaufmannslehrlinge (160 im ersten, 193 im zweiten und 229 im dritten Lehrjahr), 38 bautechnische Zeichnerlehrlinge (11 im ersten, 13 im zweiten und 14 im dritten Lehrjahr), 18 Kfz-Mechanikerlehrlinge (6 im zweiten, 6 im dritten und 6 im vierten Lehrjahr), 9 Betriebsschlosserlehrlinge (5 im dritten und 4 im vierten Lehrjahr), 2 Bäckerlehrlinge (1 im ersten und 1 im zweiten Lehrjahr) und 2 Tischlerlehrlinge (1 im ersten und 1 im zweiten Lehrjahr).

206 Bürokaufmanns- und 12 bautechnische Zeichnerlehrlinge beendeten 1985 ihre Ausbildung. Davon schlossen 22 Bürokaufmannslehrlinge und 1 bautechnischer Zeichnerlehrling ihre Lehrzeit mit ausgezeichnetem Erfolg und 39 Bürokaufmanns- und 2 bautechnische Zeichnerlehrlinge mit sehr gutem Erfolg ab.

In der Zentralen Ausbildungsstelle für Lehrlinge wurden 191 Bürokaufmanns- und 12 bautechnische Zeichnerlehrlinge in 14tägigen Turnussen unterwiesen. Sie hörten Vorträge, nahmen an Exkursionen teil und wurden mit den Aufgaben und dem Aufbau des Magistrates vertraut gemacht. Zur Vorbereitung auf die Lehrabschlußprüfung wurden gemeinsam mit der MD-VA und Vertretern der Wiener Handelskammer zehn Vorbereitungsseminare abgehalten, an denen alle Lehrlinge des dritten Lehrjahres teilnahmen. Zusätzlich wurden diese Lehrlinge auch in der Zentralen Ausbildungsstelle für die Lehrabschlußprüfung geschult. 50 Bürokaufmanns-, 4 bautechnische Zeichnerlehrlinge und 1 Betriebsschlosserlehrling erhielten für ihren Fleiß und ihre gute Dienstleistung eine Remuneration von je 1.100 S.

Auch im Jahre 1985 nahmen Bedienstete der MD-VR an einer großen Anzahl von Besprechungen und Revisionen teil bzw. führten diese selbständig durch, wozu insgesamt 1.354 Einzeleinsätze erforderlich waren. Aufgrund der Überprüfungsergebnisse konnte wieder eine größere Anzahl von Dienstposten eingespart werden.

Um die Kontrolle der vom Nebengebührenreferat zu genehmigenden Zulagen effizienter zu gestalten, wurde bereits im Herbst 1984 zusammen mit der MD-ADV und der MA 3 ein ADV-unterstütztes Programm entwickelt, das ein rasches Auffinden von Schwachstellen ermöglicht. Im Zusammenhang damit wurden sämtliche Genehmigungen für die Zuerkennung einzeln verrechneter Überstunden mit 31. Dezember 1984 widerrufen und die einzelnen Abteilungen ersucht, für 1985 — unter Beachtung äußerster Sparsamkeit — ihren Bedarf an Überstunden, getrennt

nach den Schemata I/III und II/IV, bekanntzugeben. Nach eingehender Überprüfung wurden dann den einzelnen Dienststellen Rahmengenutzungen zur Überstundenverrechnung für das Jahr 1985 erteilt. Auf diese Art und Weise gelang es, insgesamt 184.000 Stunden einzusparen. Daneben war wieder zu Jahresbeginn jede der rund 750 Kassen des Magistrates aufgrund des Vorjahresumsatzes einer von acht Gefahrenklassen zuzuordnen, um damit die Höhe der Kassierzulagen für jene Bedienstete festzusetzen, die im Parteienverkehr ständig mit der Annahme und Leistung von Barzahlungen betraut sind. Ferner mußten rund 3.500 Anträge auf Zuerkennung von Nebengebühren, wie Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen sowie Mehrdienstleistungsvergütungen, auf ihre Berechtigung hin überprüft werden. Die Anzahl dieser Anträge ging gegenüber 1984 um rund 150 zurück, weil — wie bereits oben erwähnt — zu Jahresbeginn Rahmengenutzungen für absehbare, einzeln verrechnete Überstunden erteilt wurden. 1985 wurden insgesamt 1.923 Einzelanträge auf Dienstreisen in das In- und Ausland überprüft. Außerdem wurden 697 Anträge auf Kilometergeld-Rückerstattungen behandelt; die Zahl der zurückgelegten Kilometer blieb gegenüber 1984 nahezu unverändert.

Zur Durchführung von vier agrarstatistischen Erhebungen wurden den magistratischen Bezirksämtern insgesamt 36 städtische Bedienstete als Zählorgane beigelegt. 1985 fanden außerdem zwei Volksbegehren statt, wofür in allen Bezirken insgesamt 831 städtische Bedienstete eingesetzt wurden.

Die Volksanwaltschaft brachte 1985 dem Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien 181 Beschwerden zur Kenntnis. Die MD-VR überprüfte diese Beschwerden und stellte der Volksanwaltschaft jeweils eine Stellungnahme zur Verfügung. In den überwiegenden Fällen konnten die Beschwerden mit einer Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. Lediglich in wenigen Fällen war die Beschwerde berechtigt; durch Anordnungen im Einzelfall bzw. durch generelle Anweisungen konnte aber jeweils der Grund der Beschwerde behoben werden.

Weiters wurden 98 Dienstaufsichtsbeschwerden behandelt. In der Mehrzahl der Fälle kritisierte die Bevölkerung ein unsachliches oder schwerfälliges Vorgehen einzelner Bediensteter bzw. einer Dienststelle. Durch umgehende Erhebungen — oft in Form von Überprüfungen an Ort und Stelle — konnte der Sachverhalt jeweils rasch eruiert werden. Es konnten dabei kleine Unzukömmlichkeiten unmittelbar abgestellt sowie Mißverständnisse seitens des Beschwerdeführers aufgeklärt werden. In einigen Fällen war es jedoch erforderlich, durch koordinierende Maßnahmen zwischen mehreren beteiligten Dienststellen dem Beschwerdeführer schnell und möglichst unbürokratisch zu seinem Recht zu verhelfen.

Im Jahre 1985 wurde auch eine Reihe von Kontrollamtsberichten bearbeitet. Es handelte sich um Prüfberichte, die nach den Gesichtspunkten der Inspizierung des Dienstbetriebes bzw. im Zusammenhang mit der Personaladministration von der MD-VR weiter bearbeitet werden mußten. Dabei wurden vor allem problematische Fälle auf dem Gebiet der Gebarungsvorschriften sowie der Sicherheitskontrolle behandelt.

Ebenso setzte sich die MD-VR mit jenen neuen Rechtsvorschriften auseinander, die das Personalwesen und den Arbeitnehmerschutz betrafen. Zu den einzelnen Gesetzes- bzw. Verordnungsnovellen wurden Stellungnahmen, besonders unter dem Gesichtspunkt einer praktikablen Administration, abgegeben.

In Vollziehung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes wurde die Schulung der Sicherheitsvertrauenspersonen fortgesetzt. Einzelne, von Sicherheitsvertrauenspersonen aufgezeigte Mängel oder verbesserungswürdige Situationen wurden aufgegriffen und unter Einschaltung der zuständigen technischen Dienststelle Abhilfemaßnahmen getroffen.

Die Tätigkeit des Referates für Sofortmaßnahmen innerhalb der MD-VR gliedert sich in den Bereich „Sofortmaßnahmen“ und den Bereich „Mobiler Bürgerdienst“. Im Rahmen der „Sofortmaßnahmen“ versucht man, auf Bürgerbeschwerden rasch zu reagieren und den Fachdienststellen bei der Bewältigung der dabei auftretenden Probleme wirksame Hilfestellung zu geben. Der „Mobile Bürgerdienst“ bemüht sich, durch die Kontrolle des Stadtgebietes solche Beschwerden erst gar nicht entstehen zu lassen. Bei der Bearbeitung der Geschäftsfälle stand eine schnelle und unbürokratische Erledigung im Vordergrund, wobei sich die technische Ausrüstung dieses Referates mit Funkautos, Telecopierer usw. bewährte. Erstmals wird seit Sommer 1985 im „Mobilen Bürgerdienst“ versucht, die Meldungen an die Dienststellen mittels Textverarbeitung des Integrierten Büroverwaltungssystems EDV-unterstützt zu erstellen. Seit etwa Ende Herbst 1985 versuchte man auch, die Eingangspost des Referates für Sofortmaßnahmen mit einer von der MD-ADV zur Verfügung gestellten geschäftsspezifischen Anwendung des Integrierten Büroverwaltungssystems zu protokollieren. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden nach der Durchführung von Systemänderungen ausreichen, ab 1986 die gesamte Eingangspost der MD-VR EDV-unterstützt zu erfassen. 1985 legten die Funkfahrer auf den Straßen Wiens insgesamt 77.000 km zurück. Im Frühjahr mußten auch die restlichen drei der insgesamt sechs Funkfahrzeuge aus Gründen der Wirtschaftlichkeit gegen neue Fahrzeuge ausgetauscht werden. Im Bereich „Sofortmaßnahmen“ fielen im Jahre 1985 814 Geschäftsstücke an, also über 100 mehr als 1984. Der Grund dafür liegt im Anstieg jener Geschäftsfälle, mit deren Bearbeitung der Herr Bürgermeister dieses Referat betraute; sie wurden besonders rasch erledigt. Inhaltlich ist eine deutliche Konzentration im bau- und gewerbebehördlichen Bereich ablesbar. In insgesamt 31 Fällen mußte man bei der Räumung von verschmutzten Wohnungen mit notstandspolizeilichen Maßnahmen vorgehen.

1985 konnten 767 Geschäftsfälle, davon 706 (92%) positiv, erledigt werden. Die Beschwerdeführer bzw. Betroffenen wurden meist in einem persönlichen Gespräch über die Erledigung informiert. Folgende Geschäftsfälle sind wegen ihres Arbeitsaufwandes besonders hervorzuheben:

- Evakuierung von Personen und Koordination der Instandsetzungsarbeiten nach einer Gasexplosion im 18. Bezirk, einem Wohnhausbrand im 15. Bezirk und einem Sprengstoffanschlag im 2. Bezirk.
- Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Abfuhr der Straßenoberflächenwässer der Autobrücken über die Neue Donau
- Räumung einer aufgelassenen Chemiefabrik im 10. Bezirk von Sonderabfällen
- Friedliche Absiedlung und Abtragung eines besetzten Wohnhauses der Stadt Wien im 6. Bezirk.

Die Koordinierung der einzelnen Magistratsabteilungen bei Sofortmaßnahmen und die intensivere Bearbeitung von Beschwerden, die über den Herrn Bürgermeister das Referat für Sofortmaßnahmen erreichen, werden auch 1986 zentraler Arbeitsbereich sein. Gleichzeitig wird man mittels EDV eine Verbindung zwischen dem in der MA 53 eingerichteten Bürgerdienst und dem Präsidialbüro herstellen, um eine koordinierte Behandlung dieser Beschwerden zu ermöglichen.

Die 7.310 Meldungen und 7.275 Erledigungen des „Mobilen Bürgerdienstes“ bedeuten eine starke Zunahme gegenüber dem Jahr 1984. Dieser erhöhte Arbeitsaufwand konnte nur durch die in den letzten Jahren neu hinzugekommenen Mitarbeiter, deren Einarbeitung abgeschlossen wurde, bewältigt werden. Bei der Bearbeitung einzelner Geschäftsfälle bewährte sich besonders der Einsatz des 1985 durch die MA 53 angeschafften Bürgerdienst-Busses. Dieser City-Bus wird normalerweise als temporäre Bürgerdienstaußenstelle bzw. als Auskunftsstelle bei Großveranstaltungen der Stadt Wien verwendet. In Fällen, in denen eine ständige Anwesenheit von Bediensteten vor Ort zur besseren Information der Bevölkerung bzw. Koordination der magistratischen Dienststellen notwendig ist, konnte diese Aufgabe durch Einsatz dieses mit Funk und Telefon ausgestatteten mobilen Büros rascher und ökonomischer bewältigt werden. 1985 entfernte man über 3.000 kennzeichenlose Kraftfahrzeuge und Wracks, die auf öffentlichem Gut in den Straßen Wiens widerrechtlich abgestellt waren. Außerdem wurden zirka 450 ausgefallene Verkehrslichtsignalanlagen und 886 beschädigte Verkehrszeichen repariert. Darüber hinaus wurden folgende wegen ihrer Breitenwirkung erwähnenswerte Maßnahmen getroffen:

- Überprüfung des Straßennetzes des 12. Bezirkes hinsichtlich bestehender Mißstände im Rahmen des Frühlingsputzes
- Augenscheinskontrolle des Wiener Teiles des Wienerwaldes hinsichtlich bestehender Mißstände
- Kontrolle der Tiefbaumaßnahmen, die durch U-Bahn-Bauarbeiten im 3. Bezirk ausgelöst wurden
- Feststellung des Verursachers einer über mehrere Wochen dauernden Rußbelästigung in Oberdöbling
- Überprüfung und Einleitung von behördlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit umfangreichen Baumfällungen im 19. Bezirk
- Räumung eines Wohnhauskellers von 90 m³ Pferdemist im 17. Bezirk.

Die Aktionen des „Mobilen Bürgerdienstes“, die auch der jeweiligen Jahreszeit entsprechend präventiv und schwerpunktmäßig angesetzt werden, waren von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet. So soll einerseits durch Information in der Bevölkerung Verständnis geweckt und andererseits durch deren Mitarbeit eine weitere Aktivierung der zuständigen Fachdienststellen erwirkt werden. Typische Fälle werden mit dem Ziel analysiert, daraus Maßnahmen abzuleiten, die künftig zu einer Verringerung ähnlicher Mängel beitragen. Für 1986 ist eine Fortsetzung der Schwerpunktprogramme, aber auch der Ausbau möglicher Maßnahmen vorgesehen, um rasch und unbürokratisch auf Bürgerwünsche reagieren zu können.

Im Jahre 1985 blieb der dem Dienstpostenplan entsprechende Personalstand der **Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation (MD-VO)** unverändert. Von den insgesamt 35 Bediensteten waren 15 in der zentralen Postverteilstelle des Magistrats (Zentralexpedit) und 4 im Dienstkraftwagenbetrieb eingesetzt, während für die eigentliche Organisationstätigkeit 16 Bedienstete, darunter 5 Mitarbeiter im Kanzleibereich, zur Verfügung standen. Ein Fachbeamter des Verwaltungsdienstes war überwiegend mit Arbeiten befaßt, die im Zusammenhang mit dem „Dezentralisierungsversuch“, einem Praxisversuch einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien im 21. und 22. Wiener Gemeindebezirk, standen. Wie in den vergangenen Jahren konnten trotz des für eine Organisationsabteilung sehr geringen Personalstandes die umfangreichen Aufgaben der Dienststelle im wesentlichen erfüllt werden.

Folgende größere Vorhaben wurden im Jahre 1985 in Angriff genommen bzw. abgeschlossen:

- Zur Vorbereitung einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung wurden zahlreiche organisatorische Maßnahmen vorbereitet, besonders die Regelung im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation sowie der haushaltsrechtlichen Belange.
- Im Zuge der Neuregelung des Stiftungswesens wurde die Übertragung der faktischen Verwaltung der Stiftungshäuser an die GESIBA in die Wege geleitet.
- Die zentrale Anforderung von Personenfuhrleistungen im Wege des Dienstkraftwagenbetriebes wurde organisiert. Durch diese Organisationsmaßnahme wurde eine erhöhte Auslastung des Dienstkraftwagenbetriebes erreicht; ein kurzfristig auftretender oder Spitzenbedarf wird durch die Anforderung von Taxis abgedeckt, wobei aber auch bei den Taxikosten insgesamt deutliche Einsparungen erzielt werden konnten.
- Die vom Bund angestrebte Realisierung eines einheitlichen Amtstages wurde zum Anlaß genommen, eine Übersicht über die Parteienverkehrszeiten in den Dienststellen des Magistrates auszuarbeiten.

- Die Gehsteigbetreuung während der Wintermonate durch Privatfirmen wurde zusammen mit der MD-BD, der MA 48 und den grundverwaltenden Dienststellen in der Weise organisiert, daß aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung Bezirkskontrahenten gewonnen wurden, deren sich die Magistratesdienststellen, die Gehsteigbetreuungs-pflichten wahrnehmen müssen, zu bedienen haben. Durch diese Maßnahme können ungefähr 2 Millionen Schilling jährlich eingespart werden. Gleichzeitig erzielte man durch eine Neugestaltung der Verträge und durch den Umstand, daß nur mit befugten Gewerbetreibenden Verträge abgeschlossen werden, eine verbesserte Rechtsposition der Stadt Wien im Falle von Gerichtsverfahren.
- Für die Erteilung der Erlaubnis, auf Gemeindegrund Filmaufnahmen zu machen, wurde eine Vorgangsweise ausgearbeitet, die eine einheitliche Gestaltung der Entgelte und genormte Vertragsbedingungen bei den Abkommen mit den Film- und Fernsehgesellschaften gewährleistet. Ein entsprechender Erlaßentwurf wurde fertiggestellt.
- Die Arbeiten an einer einheitlichen Definition der in der Geschäftseinteilung verwendeten Begriffe im Zusammenhang mit der Grundverwaltung wurden gemeinsam mit einem beauftragten Betriebsberater fortgeführt, und die vorgeschlagenen Begriffsbestimmungen wurden mit den betroffenen Dienststellen soweit abgestimmt, daß eine entsprechende Überarbeitung der Geschäftseinteilung vorgenommen werden kann.
- Das im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen betriebene Projekt „Beschaffung von digitalen Kommunikationsanlagen für den Bereich des Magistrates“ wurde weitergeführt; in Teilbereichen konnten Erhebungen, die der Klärung der technischen Rahmenbedingungen und der organisatorischen Voraussetzungen dienen, bereits abgeschlossen werden.
- Die „Sicherstellung von Fahrnissen“ gehört nun nicht mehr in den Kompetenzbereich der magistratischen Bezirksämter. Die MD-VO schuf gemeinsam mit der MDZ und den Magistratesabteilungen 4 und 52 die Voraussetzungen dafür, daß die Sicherstellung von Fahrnissen delogierter Gemeindemieter von der MA 52 durchgeführt werden kann.
- Der MD-VO oblag die Klärung offener Fragen bei der Anschaffung neuer fernmeldetechnischer Einrichtungen für die Feuerwehr der Stadt Wien. Nach eingehender Prüfung aller Probleme und Fragen konnte die Auftragserteilung durch die zuständigen Fachabteilungen erfolgen.
- Die Organisationsuntersuchung über die Möglichkeiten eines Zugriffs des Magistrates auf internationale Datenbanken in Katastrophensituationen konnte abgeschlossen werden. Zukünftig wird diesbezüglich allen relevanten Fachdienststellen im Bereich der MA 22 eine interne Informationsvermittlungsstelle zur Verfügung stehen.
- Die Maßnahmen für eine Vereinfachung der Vorgangsweise bei der provisorischen und definitiven Straßeninstandsetzung (Ausarbeitung einer modifizierten Aufgrabungskundmachung und eines entsprechenden Durchführungserlasses) wurden eingeleitet bzw. fortgeführt.
- Die wesentlichen Arbeiten für die Herausgabe eines Schadstoffeinsatzplanes mit den Teilbereichen Luft, Wasser und Radioaktivität wurden im Einvernehmen mit der MA 68 abgeschlossen.
- Die MD-VO hat eine Organisationsuntersuchung über die „Möglichkeiten der Neuorganisation der Wasseruntersuchungen im Bereich des Magistrates der Stadt Wien“ mit dem Ziel in Auftrag gegeben, einen optimalen Lösungsvorschlag zu erhalten.
- Um die feuerpolizeilichen Überprüfungen städtischer Einrichtungen deutlich zu verbessern und eine Entlastung des Personals der MA 36 zu bewirken, wurde die Feuerbeschau neu organisiert.
- Der Ablauf des Transportes und der Entsorgung gefährlicher Güter wurde, um allfällige Kommunikationsprobleme zwischen den Magistratesabteilungen 48 und 68 sowie den Entsorgungsbetrieben Simmering zu vermeiden, neu organisiert.
- Der Totenbeschauendienst wurde im Zusammenwirken mit Dienststellen des Bundes und der Stadt Wien völlig neu organisiert.
- Die Sozialen Dienste werden derzeit von mehreren Dienststellen besorgt. Die Ausarbeitung einer Neuorganisation sollte eine Konzentration bei der Aufgabenerledigung bewirken. Dazu waren umfangreiche Erhebungen und zahlreiche organisatorische Maßnahmen durchzuführen. Die Änderung der Geschäftseinteilung wird im Jahre 1986 erfolgen.

Neben diesen Großprojekten wurden noch zahlreiche andere Organisationsmaßnahmen durchgeführt bzw. begonnen und wie in den vergangenen Jahren ablauforganisatorische Verfügungen getroffen. Von diesen Tätigkeiten seien folgende genannt:

- Die Vollstreckung von Rückforderungsbescheiden des Arbeitsamtes durch die MA 6 (Erhebungs- und Vollstreckungsdienst) wurde geregelt.
- Im Zusammenhang mit der Vollziehung des Pyrotechnikgesetzes organisierte man am Jahresende eine Überprüfung der einschlägigen Wiener Betriebe.
- Anlässlich einer von privater Seite angebotenen Übernahme von EDV-gespeicherten Handelsregisterdaten wurde die Verwendbarkeit dieser Daten im Bereich der Stadt Wien geprüft.
- Aufgrund der Einarbeitung des 27. Dezember 1985 wurde ein Journaldienst organisiert und eine Liste derjenigen Dienststellen, die an diesem Tag Dienst versehen, herausgegeben.

- Für die Ausstellung „Öffentliche Graphik“ des Centre Georges Pompidou in Paris wurde die Sammlung entsprechender Ausstellungsobjekte organisiert.
- Die Ablauforganisation hinsichtlich des Verkaufes von Plandokumenten wurde geändert. Die Neuorganisation ist wesentlich bürgerfreundlicher, da sich die Amtsräume der für die Parteien relevanten Fachdienststellen im selben Amtshaus befinden.
- Der versuchsweise Aufbau eines Fernwirksystems für die öffentliche Beleuchtung wurde der MA 33 genehmigt.
- Eine Ablauforganisation für die Erstellung und Durchführung von Projekten, die aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds gefördert werden sollen, wurde festgelegt und in Kraft gesetzt.
- Bei verschiedenen Umweltproblemen leistete man erhebliche organisatorische Hilfestellung, so etwa nach der Feststellung von kontaminiertem Erdreich im Bereich der U-Bahn-Baustelle „Gaudenzdorfer Gürtel“. Es wurden u. a. generelle Ablaufpläne für die Durchführung der Arbeiten in diesem Bereich ausgearbeitet und entsprechende Sicherheitsvorkehrungen festgelegt.
- Grundsätzliche Ablaufpläne für die Vorgangsweise nach erfolgter Entdeckung von „Altlasten“ auf städtischen und privaten Baustellen wurden ausgearbeitet.
- Die MD-VO bearbeitete auch die durch kriminelle Handlungen verursachten Schadensfälle an städtischem Eigentum. Für einzelne Bereiche wurden zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen angeordnet; diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Zahl der Schadensfälle zu reduzieren.
- Die bisher von der MA 27 wahrgenommene „Durchführung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen in städtischen Wohnhäusern (Stadterneuerungsmaßnahmen)“ wurde probeweise der MA 24 übertragen.
- Im Jahre 1985 mußte die Geschäftseinteilung neu interpretiert werden, so z. B. hinsichtlich der Vorlage von Rechtsmittelentscheidungen an die MD-Rechtsmittelbüro, aber auch die Frage, wer für die Erhaltung und Betreuung von Spielplätzen auf öffentlichem Gut zuständig ist.

Organisatorische Veränderungen ergaben sich auch im Zusammenhang mit Erlässen der Magistratsdirektion bzw. des Herrn Bürgermeisters, die von der MD-VO vorbereitet wurden. Dazu gehören etwa folgende Erlässe:

- Erlaß vom 9. Jänner 1985, MD-2263-1/84, Drucksorten für die Rückgabe von Gebrauchsgütern an die MA 54
- Erlaß vom 10. Jänner 1985, MD-2263-2/84, Ausscheidung von Gebrauchsgütern, Allgemeine Vorschrift; Änderung
- Erlaß vom 28. Jänner 1985, MD-77-1/85, Briefblatt (Kopfpapier) des Magistrates; Neugestaltung und Vereinheitlichung
- Erlaß vom 30. Jänner 1985, MD-1088-2/84, Vorschrift für die Gebarung und Verrechnung der stehenden Verläge; Änderung
- Erlaß vom 13. Februar 1985, MD-381-1/85, Parteienverkehr in den Nachmittagsstunden; Änderungen betreffend Außenstellen des Jugendamtes
- Erlaß vom 24. Juni 1985, MD-2116-7/84, Forstgesetz 1975, 2. Verordnung gegen fortschädliche Luftverunreinigungen; Vollziehung
- Erlaß vom 24. Juni 1985, MD-1211-1/85, Sprechtafeln für den Parteienverkehr
- Erlaß vom 28. Juni 1985, MD-862-4/85, Mietrechtsgesetz, Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, Wohnhausanierungsgesetz; Vollziehung
- Erlaß vom 26. Juli 1985, MD-1049-4/85, Verwaltungsformularverordnung 1985; Verwendung neuer Formulare ab 1. Jänner 1986
- Erlaß vom 12. August 1985, MD-1647-1/85, Nichtteilnahme an Augenscheinsverhandlungen oder Besprechungen; disziplinarische Konsequenzen
- Erlaß vom 13. August 1985, MD-1095-1/85, Wegfall der Wasserleitung als Schutzerdler
- Erlaß vom 20. August 1985, MD-1725-1/85, Vollziehung der Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Geschäftsordnung der Schiedskommission nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz; Zuständigkeit der MA 4
- Erlaß vom 26. August 1985, MD-1391-4/84, Richtlinien für die Abgabe von Angebotsunterlagen; Änderung
- Erlaß vom 30. Oktober 1985, MD-381-2/85, Parteienverkehr in den Nachmittagsstunden; Probetrieb vor Neueinführung in Dienststellen; Änderung betreffend Dienststellen des Jugendamtes
- Erlaß vom 25. November 1985, MD-1202-6/85, Notstandspolizeiliche Maßnahmen bei Gefahr einer Gewässerunreinigung; Kostenersätze § 31 Abs. 3 Wasserrechtsgesetz 1959
- Erlaß vom 16. Dezember 1985, MD-1083-4/85, Einführung eines zentralen Totenbeschauendienstes bei der MA 15
- Erlaß vom 16. Dezember 1985, MD-2594-1/85, Dienstvorschrift über die Kollaudierung von baulichen Herstellungen und Lieferungen (Kollaudierungsvorschrift); Änderung
- Erlaß vom 30. Dezember 1985, MD-2596-1/85, Dienstreisen; Änderung

Neben diesen bereits herausgegebenen Erlässen der Magistratsdirektion wurde der Entwurf eines Erlasses betreffend die dezentrale Absenzenerfassung über das Integrierte Büroverwaltungssystem fertiggestellt.

Von der MD-VO wurden auch Dienstvorschriften ausgearbeitet bzw. genehmigt und Ausnahmen von bestehenden Regelungen gewährt. Beispielsweise seien hier erwähnt:

- Ausnahmen von der Höchstgrenze für Einzelausgaben aus Barverlägen für verschiedene Dienststellen
- Genehmigung der Neuregelung der Schulpauschalien.

Wie in den Vorjahren waren auch 1985 Kontrollamtsberichte der Ausgangspunkt für organisatorische Regelungen bzw. für Stellungnahmen. So wurde etwa aufgrund eines Kontrollamtsberichtes hinsichtlich der bisherigen Gebarung mit Dienstaussweisen (Dienstlegitimationen, Sonderausweisen, Ausweismarken, Dienstplaketten u. ä.) eine umfassende Erhebung angestellt; ein Konzept über eine völlige Neugestaltung der Dienstaussweise wurde erarbeitet und soll im Laufe des Jahres 1986 in Kraft treten. Ein anderes Beispiel war eine Stellungnahme zur Prüfung der Verbindungsstelle der Bundesländer durch das Niederösterreichische Kontrollamt.

Die Zuweisung geeigneter Amtsräume war, wie in den vergangenen Jahren auch, eine wichtige Tätigkeit der MD-VO.

In folgenden Amtsgebäuden wurden größere Instandsetzungs- und Adaptierungsarbeiten durchgeführt: In 1, Rathaus, Bartensteingasse 9, Rathausstraße 14—16 und Schottenring 22—24, in 7, Hermannsgasse 24—26, in 8, Friedrich-Schmidt-Platz 4, in 10, Laxenburger Straße 43—47, in 15, Gassgasse 8—10, in 17, Elterleinplatz 14, und in 23, Perchtoldsdorfer Straße 2.

Übersiedelt wurden folgende Dienststellen: Die Gruppe Tiefbau und Verkehr, die Gruppe Planung sowie das Dezernat 1 und 2 der MD-BD, das Referat 6 der MA 4, die MA 20, die Gruppe Vorbegutachtung sowie die Gruppe Begutachtung förderbarer Vorhaben der MA 25, die Gruppe Rechtsangelegenheiten und die Gruppe Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen der MA 50, schließlich die Marktamtsabteilung der MA 59 für den 1. Bezirk.

Was die für den Amtshausbereich vorgesehenen Budgetmittel betrifft, wirkte die MD-VO bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1986 mit. Die MD-VO arbeitete organisatorisch bei der Einrichtung des Büros für den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds mit, bei der Einführung der Dienstfahrräder, der Einrichtung eines Kinderzimmers im Rathaus und bei der Erstellung eines neuen Pachtvertrages für den Wiener Rathauskeller.

Zu einem nicht unerheblichen Teil war die MD-VO auch mit Genehmigungsanträgen, die das Integrierte Büroverwaltungssystem betrafen, beschäftigt. Im Jahre 1985 wurden u. a. Anträge mehrerer Referate der Magistratsdirektion, des Büros der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales, des Büros der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst sowie der Magistratsabteilungen 6, 8, 17, 25, 40, 50 und 62 geprüft. Durch diese Tätigkeit wurden in einigen Bereichen die ursprünglichen Anforderungen erheblich reduziert.

In der MD-VO ist auch die Drucksortenkommision eingerichtet, die weiterhin alle generellen und individuellen Angelegenheiten der Drucksorten bearbeitet. Im Zusammenhang mit der Verwaltungsformularverordnung 1985 wurde auch Sorge getragen, daß die betroffenen Allgemeinen Drucksorten den Erfordernissen dieser Verordnung entsprechen. Seit April 1984 werden die Druckaufträge der städtischen Dienststellen unter Zuhilfenahme des Integrierten Büroverwaltungssystems nach verschiedenen Kriterien erfaßt (Inhalt, Format, Umfang, Durchschreibemöglichkeit, Papierqualität, Auflagenhöhe und -datum). Derzeit sind bereits zirka 4.100 verschiedene Formulare gespeichert. Durch diese Maßnahmen soll in erster Linie erreicht werden, daß die Drucksortengebarung wirtschaftlicher wird, und zwar durch die Überprüfung der Einhaltung der vorgeschriebenen Bestellintervalle und durch Vermeidung von mehreren Drucksorten gleichen Inhaltes. Im Lauf des Jahres 1986 sollen allen Drucksortenreferenten erstmalig entsprechend geordnete Drucksortenverzeichnisse zur Verfügung gestellt werden.

Dem Betrieblichen Vorschlagswesen, das ein wichtiges Instrument zur Sichtbarmachung von organisatorischen Schwachstellen darstellt, wurde auch 1985 große Aufmerksamkeit zugewendet. Es wurden rund 200 Vorschläge neu eingebracht, die die MD-VO zum Großteil bereits beurteilt und dem Büro des Magistratsdirektors übermittelt hat. Wichtige, von der MD-VO bearbeitete und vorbeurteilte Verbesserungsvorschläge, die 1985 prämiert wurden, sind u. a. folgende:

- Einfachere und wirtschaftlichere Vergabe von Druckaufträgen
- Prüfung der Gestaltung von Tankstelleneinfahrten auf Rechtmäßigkeit
- Verkürzung der Fristen für die Aufbewahrung von Akten der Schlichtungsstellen
- Zweckmäßigere Dienstbekleidung für Mitarbeiter des Rettungsdienstes
- Bessere Gestaltung der bei der Ausschreibung von Erhaltungsarbeiten an Brücken verwendeten Unterlagen
- Einsparungen beim Einkauf von Impfstoffen
- Vermehrte Inanspruchnahme von Steuerrückvergütungen bei der Gewährung bestimmter Sozialleistungen
- Anregungen zur Änderung einer Maschinschreibregel
- Überlegungen zur Einsparung von Energie bei der Beheizung von Objekten der MA 42
- Billigere Herstellung von Bodenmarkierungen in U-Bahn-Stationen
- Vereinfachung bei den Untersuchungen nach dem Bazillenausscheidergesetz
- Benachrichtigung der MA 6 von Erklärungen über den Verzicht auf Gebrauchserlaubnis
- Erhöhung der Verkehrssicherheit im Bereich einer städtischen Garage
- Gedanken zur Werbung für städtische Hallenbäder
- Raschere Information der Abgabenbehörden über Eigentumswechsel bei Superädifikaten

- Erhöhung der Sicherheit der Benutzer von Drehstühlen mit Gasfedern
- Effizientere Planung von Umbauarbeiten in Amtshäusern
- Einsparung bei der Entwicklung von Röntgenfilmen
- Verstärkte Werbung für statistische Publikationen der Stadt Wien
- Vereinfachung bei der Einreichung von Anträgen auf Mietzinsbeihilfe
- Erweiterung des Programms am „Tag der offenen Tür“
- Einsparungen bei der Beschaffung von Verbrauchsgütern für ein städtisches Pflegeheim
- Anregungen zur Gestaltung eines Merkblattes für Wasserabnehmer
- Sperrvorrichtung für Wasserleitungsrohre
- Anregungen zur Gestaltung eines Merkblattes über das Verhalten bei anzeigepflichtigen Erkrankungen
- Raschere Aktualisierung des Dienststellen- und Telefonverzeichnisses
- Wirksamere Vorkehrungen für Erste-Hilfe-Leistungen in Amtshäusern
- Bessere Lagerung von Impfstoffen
- Beschleunigung des Verfahrens zur Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes
- Änderung einer in Gewerbeangelegenheiten verwendeten Drucksorte
- Anregungen zur Ausbildung von Bürokaufmannslehrlingen
- Verbesserung des Verkehrsablaufs in einem Teilbereich der Wagramer Straße
- Effizienterer Einsatz einer Pflanzentopfmaschine
- Ausarbeitung zweier EDV-Programme für den Bereich der MA 17
- Änderung des Journaldienstes der Amtstierärzte
- Vereinfachung bei der Bearbeitung von Ansuchen um Gastgewerbe-Konzessionen
- Sammlung von zeitgeschichtlichen Informationen (Aufleben der städtischen Verwaltung nach Kriegsende)
- EDV-Unterstützung der Entgegennahme theaterpolizeilicher Anmeldungen
- Zentrale Lenkung des Einsatzes behinderter Bediensteter
- Verbesserung des Bürgerdienstes im Rathaus
- Auflassung zweier Drucksorten des Kanalbetriebs
- Energieeinsparung in einem Bürobereich
- Verbesserung der Brandschutzvorkehrungen in einer Krankenanstalt
- Erweiterung der Sicherheitseinrichtungen in städtischen Wohnhäusern
- Zweckmäßigere Einteilung von Wahlsprengeln
- Änderung der Vorgangsweise bei Erhaltungsarbeiten an Wohnhäusern

Die im Dienstkraftwagenbetrieb eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen wurden fortgeführt. Wie bereits erwähnt, wurde durch die zentrale Anforderung von Personenfuhrleistungen eine optimale Auslastung dieses Betriebs erreicht, ein Spitzenbedarf wird durch den Einsatz von Taxis abgedeckt. Bei der Festsetzung des Systemisierungsplanes der Kraftfahrzeuge der Stadt Wien für das Jahr 1985 wurde der Kraftfahrzeugeinsatz, insbesondere jener Fahrzeuge, die in erster Linie dem Transport von Personen dienen, eingehend geprüft und eine Reduzierung des Bestandes an Kraftfahrzeugen dieser Art erzielt.

Die MD-VO führt auch das *Zentralexpedit* der Stadt Wien als Postleitstelle des Magistrats. An interner Dienstpost wurden im Jahre 1985 rund 5 Millionen Poststücke befördert. Der gesamte Postein- und -ausgang betrug rund 13 Millionen Poststücke. Täglich wird auch der Transport von Drucksorten zu den diversen Verbrauchsstellen durchgeführt. Bei den jeweiligen Postämtern werden die gebührenbegünstigten Massensendungen den Postvorschriften entsprechend aufgegeben.

Die MD-VO hat mit dem Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland, BGBl. Nr. 67/1983, am 1. März 1983 die Funktion der Zentralen Behörde des Bundeslandes Wien für die Vollziehung dieses Übereinkommens übernommen. Im Jahre 1985 waren 1.100 Zustellungsersuchen ausländischer Verwaltungsbehörden im Sinne dieses Übereinkommens zu bearbeiten und rund 3.000 Zustellungsersuchen von Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien im Wege des *Zentralexpedites* weiterzuleiten.

Im Zusammenhang mit dem Dezentralisierungsversuch im 21. und 22. Bezirk fanden 1985 zahlreiche Koordinationsgespräche statt. Unter anderem wurden auch für die Entscheidungsfindung hinsichtlich des weiteren Vorgehens bei den „wilden“ Siedlungen im Naturschutzgebiet Lobau drei Lösungsvarianten erarbeitet und auf ihre rechtlichen und finanziellen Konsequenzen hin geprüft.

Die Aufgabenschwerpunkte der *Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV)* im Jahre 1985 lagen wie bisher in der Entwicklung, Konsolidierung, Durchführung und im Ausbau der der Dienststelle übertragenen Projekte, in der Beschaffung, Installation und Betreuung der zur Durchführung erforderlichen Hard- und Softwareeinrichtungen und in der Weiterentwicklung und Verbesserung von in der MD-ADV eingesetzten softwaretechnischen und organisatorischen Werkzeugen und Produkten. Aus der Vielzahl der bewältigten Aufgaben werden jene Leistungen, die von besonderer Bedeutung sind, im folgenden dargestellt.

Entwicklung und Durchführung von EDV-Projekten:

Die im Jahre 1984 begonnene Implementierung von auf der Basis von IBS (Integriertes Büroverwaltungssystem) entwickelten EDV-Applikationen im Personalwesen wurde auf weitere Stellen ausgedehnt, so daß mit Jahresende 1985 in 60 Dienststellen Personalagenden wie Personalevidenz, Nebengebührenverwaltung, Abszenzenevidenz usw. mit Hilfe des Computers dezentral wahrgenommen werden können. Dies bedeutet eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung in den dezentralen Personalreferaten sowie eine Entlastung zentraler Personaldienststellen in bezug auf Erfassungsarbeiten, weiters bedeutet dies Papierersparnis und Verkürzung der Erledigungszeit.

Die Vorarbeiten für die Neukonzeption der Wasser-Abwassergebührenverrechnung wurden in Angriff genommen. Erstmals werden für die Ablesung der mehr als 90.000 Wasserzähler im Wiener Stadtgebiet mobile programmierbare Datenerfassungsgeräte eingesetzt. Diese ermöglichen es, die Ablesedaten vor Ort zu erfassen und sie am Ende eines Erfassungszyklus mit Hilfe entsprechender Übertragungseinrichtungen ohne manuelle Zwischenschritte direkt auf die zentrale Rechenanlage zur Verarbeitung zu übertragen. Dieses System bedeutet Rationalisierung, Leistungssteigerung und Qualitätsverbesserung bei der Wasserzählerablesung (Verbrauchsüberwachung, frühzeitige Mängelerkennung usw.) Darüber hinaus verbessert es die Koordination der Tätigkeiten der MA 31 als zählerverwaltende (technische) Dienststelle und des Referats 6 als Verrechnungsstelle in der MA 4.

Die Programmsysteme im Wohnungswesen mußten im Hinblick auf das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Wohnhaussanierungsgesetz entsprechend adaptiert werden. Diese mit erheblichem Aufwand verbundenen Arbeiten betrafen vor allem die Darlehensverrechnung und die Eigenmittelkredit-Verwaltung in der Wohnbauförderung sowie die Anpassung der Evidenzprogramme der Wohnungsverbesserung und der Wohnbeihilfen. Trotz der damit einhergehenden starken Belastung der Mitarbeiter in der MD-ADV konnten die dringlichen Aufgaben in den anderen Projekten des Wohnungswesens wie Mietzins-, Baukostenbeitragsverrechnung und Hausbesorger-Lohnverrechnung sowie die Aufgaben im Rahmen der Wohnungszuweisungen termingerecht erledigt werden.

Die Programmentwicklungen für das Gesundheitswesen bildeten — wie schon in den Jahren zuvor — einen Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-ADV. So mußten im Auftrag der VAMED Programmsysteme für die Verpflegungsversorgung im Neuen AKH erstellt und implementiert werden, wobei in diesem Fall auch die Benutzer von der MD-ADV geschult werden mußten. Weitere Aufträge der VAMED führten zu den Vorarbeiten für die Anpassung der seit 1984 in der Neurochirurgischen Universitätsklinik des Neuen AKH durchgeführten EDV-Geschäftsfälle für die Orthopädische Universitätsklinik und zur Entwicklung eines generellen EDV-Systems für den Klinikbetrieb (LOHFERT Testspital).

Für die vom Amtsführenden Stadtrat für Gesundheit und Soziales beauftragte Laborautomation in den Wiener Krankenanstalten wurden Programme für Akutlabors erstellt. Diese werden derzeit in leistungsfähigen Kleinrechnern im Intensivlabor des Franz-Josef-Spitals, in den Zentrallabors des Wilhelminenspitals und des Krankenhauses Lainz eingesetzt.

Im Zusammenhang mit dem Beschluß zum weiteren Ausbau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost wurde die MD-ADV mit der EDV-mäßigen Unterstützung der Planungs- und Errichtungsaktivitäten beauftragt. Ein erstes Ergebnis war die Erstellung von Raumbüchern samt zugehöriger Geräteblätter.

Besondere Erwähnung verdienen Entwicklung und Einsatz des Programmsystems für die „Neue Österreichische Tunnelbaumethode (NÖT)“. Sie wird beim Bau der Wiener U-Bahn angewendet und führt gegenüber der klassischen Tunnelauskleidung zu bedeutenden Kosteneinsparungen. Dieses Verfahren stützt sich auf ständige Messungen der Formänderungen der Tunnelröhren, womit auf die Festigkeit des umgebenden Erdreichs geschlossen werden kann. Danach wird die Bewehrung berechnet. Die dazu erforderlichen komplizierten Messungen und Berechnungen sowie grafischen Darstellungen können wegen ihrer großen Anzahl und des Termindrucks nur mit Hilfe der EDV gelöst werden. Die MD-ADV setzt zu diesem Zweck auf den verschiedenen U-Bahn-Bauabschnitten leistungsfähige Microcomputer mit Plottern und Druckern ein.

Im Rahmen des Wiener EDV-unterstützten Planungssystems WIPLAN, an das nunmehr auch die MA 66 angeschlossen wurde, konnte als Folge des Einsatzes eines neuen Softwareproduktes eine Reihe von Auswertungswünschen verschiedener Fachabteilungen kurzfristig realisiert werden, z. B. die Auswertung der Umwelterhebung 1982 in bezug auf die Verkehrsbeziehung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte oder Schule, die Analyse der Pendelströme zwischen Wien und seinem Umland aufgrund der Daten aus der Volkszählung 1981. Die Arbeiten der Gürtelkommission wurden durch die Installation von zwei Microcomputer-Arbeitsplätzen sowie durch die Implementierung des Integrierten Büroverwaltungssystems unterstützt. Einen planmäßigen Fortschritt nahmen die Arbeiten im Projekt „Mehrzweckkarte“ und in der damit verbundenen Produktion von Stadtkarten.

Hard- und Software-Entwicklung:

Wie 1984 verzeichnete der Maschinenpark der MD-ADV auch im Jahre 1985, bedingt durch vermehrte Aufgaben bei den einzelnen Projekten, einen bedeutenden Zuwachs. Den Schwerpunkt bildeten die Installation weiterer Subsysteme, die Erweiterung des Datenfernverarbeitungsnetzes um annähernd 700 Terminals (Bildschirme und Drucker)

und der dazu erforderlichen nachrichtentechnischen Geräte, weiters die Anschaffung von Schulcomputersystemen für Hauptschulen und Polytechnische Lehrgänge.

Zu erwähnen sind im einzelnen die Aufrüstung einer Digitalisierstation in der grafischen Datenverarbeitung, der Austausch alter Magnetbandstationen an den IBM-Großanlagen gegen moderne Magnetbandkassettenlaufwerke, die Installation einer größeren Zahl von Microcomputern und die Anschaffung mobiler Datenerfassungsgeräte.

Die Anzahl der zugleich an Großanlagen, Subsysteme und Microcomputer angeschlossenen Terminals betrug Ende 1985 über 2.600. Insgesamt umfaßt der Maschinenpark der MD-ADV einschließlich der nachrichtentechnischen Einrichtungen und der Microfilmgeräte derzeit über 6.000 Geräte.

Im Softwarebereich wurde die Konsolidierung der eingesetzten Betriebs- und Standard-Software und der Tuning- und Optimierungsmaßnahmen im Datenbankbereich fortgesetzt. Testweise wurden neue Softwareprodukte, wie z. B. ADABAS und NATURAL für VMS-Maschinen, Grafiksoftware der Firma SAS, installiert. Erschwerend wirkte sich in diesem Bereich der Abgang einiger hochqualifizierter Mitarbeiter im Jahre 1985 aus.

Interne Organisationen:

Die in den Vorjahren eingeleiteten Umstrukturierungsmaßnahmen in den Dezernaten „Entwicklung“ und „Produktion“ und in der Gruppe „Verwaltung“ haben sich in überwiegendem Maß bewährt. Der Einsatz neuer Technologien, insbesondere auf dem Gebiet der Microcomputer, zwingt aber die MD-ADV dazu, auch in Zukunft ihre Aufbauorganisation laufend zu überprüfen und den Gegebenheiten der sich ständig verändernden EDV anzupassen. Ebenso bedingt der Abgang besonders qualifizierter Mitarbeiter in Leitungsfunktionen kurzfristig Änderungen in der internen Organisation der Dienststelle.

Der Fachausbildung der ADV-Mitarbeiter wurde wiederum besonderes Augenmerk beigemessen. In 177 Lehrveranstaltungen wurden, teilweise in Zusammenarbeit mit der MD-VA, über 1.400 Kursteilnehmer in verschiedenen Bereichen der Organisation, der Datenverarbeitung und in der Persönlichkeitsbildung geschult. Darüber hinaus konnten in 120 Schulungskursen über 600 Benutzer des Integrierten Büroverwaltungssystems (IBS) in den verschiedensten Verwaltungsbereichen ausgebildet werden; darunter befand sich eine größere Anzahl von zukünftigen IBS-Trainern.

Der Mitarbeiterstand der MD-ADV erhöhte sich von 358 Bediensteten zu Beginn des Jahres 1985 auf 372 zum Jahresende. Der Dienstpostenplan für 1986 weist — bedingt durch den starken Aufgabenzuwachs im Bereich des Neuen AKH aufgrund von Aufträgen durch die VAMED — 401 Posten auf, von denen 119 bei anderen Magistratsdienststellen geführt werden. Im Jahre 1985 wurden mit 253 Bewerbern Aufnahmegespräche und Eignungstests durchgeführt; 18 Personalabgängen standen 32 Neuaufnahmen gegenüber.

Zum Abschluß darf wieder auf die Arbeiten des Datenschutzreferenten sowie auf die Aktivitäten der Stabstellen „Betriebswirtschaft und Kontrolle“ und „Betriebsplanung und -koordination“ hingewiesen werden. Das Wirken dieser Stellen ist ein wichtiger Faktor hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, Ordnungsmäßigkeit und Qualität der von der MD-ADV erbrachten Leistungen, wobei für 1985 die Erarbeitung von Grundlagen zur Erstellung des jährlichen Voranschlags der Dienststelle besondere Erwähnung verdient.

In der **Magistratsdirektion-Rechtsmittelbüro (MDR)** fielen im Jahre 1985 in Bauangelegenheiten 548 Rechtsmittelsachen an, darunter 12 Verfügungen des Verfassungsgerichtshofes und 23 des Verwaltungsgerichtshofes. In Strafsachen waren es 1.279 Akten, darunter 5 Verfügungen des Verfassungsgerichtshofes und 17 des Verwaltungsgerichtshofes; in sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben- und Administrativangelegenheiten) 557 Akten, darunter 7 Verfügungen des Verfassungsgerichtshofes und 48 des Verwaltungsgerichtshofes. Die Abgabe von Äußerungen, z. B. zu Gesetzentwürfen, die Erstattung von Berichten und die Teilnahme an Amtsbesprechungen betrafen 569 Rechts-sachen. Ferner mußten 18.621 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Akten anderer Dienststellen überprüft werden.

Bei den vom Rechtsmittelbüro selbst zu erledigenden, also nicht nur zu überprüfenden, Rechtsmittelakten sowie bei Äußerungen, Berichterstattungen und Teilnahmen an Amtsbesprechungen ist gegenüber 1984 eine Abnahme um 12 Prozent zu verzeichnen, nachdem die Zahl dieser Akten in den beiden vorangegangenen Jahren um insgesamt mehr als 50 Prozent gestiegen war. Dieser teilweise Abbau des zuletzt eingetretenen Mehranfalles ist auf den Wegfall des Gesetzes über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen zurückzuführen. Die Überprüfung von Akten anderer Dienststellen sank gegenüber dem Jahre 1984 um 11 Prozent, nachdem in den beiden letzten Jahren der entsprechende Arbeitsaufwand um 38 Prozent gestiegen war. Demnach liegt auch hier der Aktenanfall beträchtlich über dem des Jahres 1983 und der vorangegangenen Jahre.

Angehörige des Rechtsmittelbüros hielten ferner Vorträge in der Verwaltungsakademie und waren als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat, Landesagrarsenat) und Prüfungskommissionen tätig.

Die **Magistratsdirektion-Verwaltungstechnik (MD-VT)** konzentrierte sich im Bereich der Vermittlung moderner Managementmethoden im Jahre 1985 auf das Thema „Mitarbeiterbeurteilung“. Die Neuorientierung der bisherigen Dienstbeschreibung am Ziel individueller Personalentwicklung erforderte seine umfangreiche

Beratungs- und Schulungstätigkeit, und zwar in Form von Veranstaltungen der MD-VA und von Vorträgen, die unmittelbar in den Dienststellen abgehalten wurden. Seminarveranstaltungen zu den Themen „Selbstmanagement“, „Zeitmanagement“ sowie „Rationelle Arbeitstechnik“ ergänzten das Angebot.

Dem partnerschaftlichen Führungsstil, der u. a. durch die neue Form der Leistungsbeurteilung verbreitet werden soll, entsprach die verstärkte Erwartung vieler Mitarbeiter und Vorgesetzter, daß auch eine Beurteilung des Führungsverhaltens des Vorgesetzten durch die Mitarbeiter wertvolle Anregungen zur Verbesserung des Arbeitsklimas beisteuern könnte. In drei Dienststellen wurden deshalb, im Einvernehmen zwischen den Dienststellenleitern und den Mitarbeitern, interne Meinungsumfragen durchgeführt. Von allgemeinen Fragen, etwa ob und wie sehr die Mitarbeiter mit ihrer Tätigkeit zufrieden seien, spannte sich der Bogen bis zu Fragen nach der fachlichen Qualifikation des Leiters und seinen Führungsqualitäten. Selbstverständlich werden die Fragebogen anonym bearbeitet. Das jeweilige Ergebnis dieser Umfragen wird von der MD-VT ausgezählt, in Prozentwerte umgewandelt und grafisch aufbereitet. Der Leiter der befragten Dienststelle erhält diese grafische Darstellung mit den Prozent-Angaben. Zum Vergleich sind in der Ausarbeitung die Durchschnittsergebnisse aller bisher erhobenen Dienststellen enthalten. Die Interpretation des Zählergebnisses wird ausschließlich dem Dienststellenleiter zusammen mit seinen Mitarbeitern überlassen. In der Regel wird von der befragten Dienststelle ein schriftlicher Bericht vorgelegt, der eine Interpretation des Befragungsergebnisses sowie Vorschläge zur Beseitigung allfälliger Schwachstellen enthält.

Im Bereich Bürotechnik liefen Mitte 1985 die auf drei Jahre abgeschlossenen Mietverträge für die Kopiergeräte der Magistratesdienststellen aus. Auf der Basis einer Anfang 1985 durchgeführten Ausschreibung wurden im Juni 1985 rund 200 Kopiergeräte neu aufgestellt. Der durchschnittliche Mietpreis für diese Geräte liegt niedriger als der Preis für die vorher verwendeten Geräte.

In den magistratischen Bezirksämtern wurden die Arbeitsbedingungen im Bereich der Textverarbeitung durch die Aufstellung von Schallschluckhauben verbessert. In einem Bezirksamt wurde wegen des hohen Schreibaufkommens ein weiteres Textsystem installiert.

Die Textverarbeitungsstelle der MD-VT erhöhte ihre Leistung gegenüber 1984 um 15 Prozent auf insgesamt 59.825 A-4-Seiten

In einigen Magistratesdienststellen konnten durch den vorübergehenden mobilen Einsatz von Bediensteten der Textverarbeitungsstelle Schreibrückstände aufgearbeitet oder sonstige Engpässe beseitigt werden.

Die EDV-unterstützte Ersterfassung der Daten des Dienstpostenplanes wurde 1985 abgeschlossen. Personalstatistiken werden bereits ausschließlich mit Hilfe der EDV erstellt. Die Dienstpostenplandaten müssen derzeit noch sowohl im herkömmlichen Drehordner-System als auch EDV-unterstützt verwaltet werden. In beiden Systemen führte man rund je 50.000 Eintragungen und Vormerkungen infolge von Neuaufnahmen, Versetzungen, Abgängen, Namensänderungen und Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter durch. Rund 1.000 Änderungen im Dienstpostenplan, wie Vormerkungen, Streichungen, Schaffung von Posten und Umwandlungen, wurden durchgeführt und die entsprechenden Schreiben veranlaßt. Es sei darauf hingewiesen, daß sich das mit Hilfe der EDV erstellte und gedruckte Verzeichnis über den Dienstpostenplan 1986 sehr bewährt hat.

Die **Magistratsdirektion-Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MDZ)** gab 1985 zu einigen in Vorbereitung stehenden Gesetzentwürfen, wie etwa zu den Entwürfen des Rechtspflegergesetzes 1985, eines Kartellgesetzes 1986 und einer Strafgesetznovelle 1985, vom zivil- und strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen ab. Wie in den Vorjahren beriet die MDZ sämtliche Dienststellen des Magistrats durch mündlich oder telefonisch erteilte Auskünfte, durch die Teilnahme an Besprechungen und durch die Verfassung von 373 schriftlichen Gutachten. So wurden z. B. Gutachten zum Miet- und Pachtvertragsrecht, Krankenhausbehandlungsvertrag, Subventionsrecht, insbesondere im Bereich der Wohnbauförderung, zur Wohnungsverbesserung und Wohnhaussanierung, zum Nachbarrecht, Bestattungs- und Grabbenützungrecht, Amtshaftungsrecht, Urheberrecht, Exekutions- und Insolvenzrecht sowie zur Vergabe öffentlicher Aufträge, insbesondere durch Bauleistungsverträge und Aufträge an Ziviltechniker, erstellt.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau sind 148 neue Geschäftsstücke (Beurkundungen von Rechtsgeschäften für die Sicherung künftiger Bauführungen, Geschäftslokalvergaben, Hilfsmaßnahmen für durch den U-Bahn-Bau beeinträchtigte Gewerbetreibende u. a.) angefallen, im Bereich der Vertretung städtischer Interessen vor Gericht 12 Strafsachen, 34 Besitzstörungsklagen, 18 Klagen wegen Hereinbringung von Eigenmittelsatzdarlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und 450 Mahnklagen, die von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, positiv erledigt werden konnten. Ferner wurden 678 sonstige Klagen oder durch Vergleich zu bereinigende strittige Ansprüche neu behandelt, außerdem 20 Verlassenschaftssachen und 744 Entscheidungen über die Vertretbarkeit von Entbindungen städtischer Bediensteter von ihrer Amtsverschwiegenheit für Einvernahmen vor Gericht oder Verwaltungsbehörden, ferner 240 Realexekutionen, gelegentlich in Verbindung mit Kuratorbestellungen, 63 aufgrund von Verwaltungsbescheiden einzuleitende Exekutionen und 341 Insolvenzfälle. Im Rahmen von Exekutionen und Insolvenzen gelang es 1985, rund 17 Millionen Schilling hereinzubringen.

Im Bereich der Beurkundung, grundbuchtechnischen Abwicklung und Realisierung von liegenschaftsrechtlichen Fällen waren 322 Verträge, 1.711 Löschungs-, Freilassungs- und sonstige Zustimmungserklärungen sowie 43 Schuldscheine im Zusammenhang mit den der Stadt Wien gewährten Wohnbauförderungsdarlehen auszufertigen und zu

verbüchern. Überdies mußten 189 Grundabteilungsgenehmigungsbescheide verbüchert bzw. Grundbuchsordnungen hergestellt sowie 670 baubehördlich begründete Verpflichtungen grundbücherlich ersichtlich gemacht werden. Schließlich sind 403 sonstige Geschäftsstücke angefallen.

Auch im Jahre 1985 lag der Schwerpunkt der Tätigkeit der **Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion (MD-BD)** in der Koordination der umfangreichen Aufgaben im technischen Bereich sowie in der Bauvorbereitung und Baudurchführung. Koordinierende Besprechungen, Dienstanweisungen sowie einschlägige Erlässe trugen dazu bei, ein möglichst reibungsloses Zusammenwirken der technischen Dienststellen zu erzielen. Probleme genereller Art wurden durch die MD-BD bzw. deren Referate, spezielle Gruppenprobleme durch Gruppenleiter, die gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien als Bedienstete mit Sonderaufgaben bestellt sind, behandelt.

Die Vorbereitung bzw. Durchführung von Raumprogramm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektsprechungen verschiedener Bauvorhaben lag ebenfalls in den Händen der MD-BD. Dabei achtete man besonders darauf, daß die Bauprojekte dem letzten Stand der technischen Wissenschaften entsprechen, daß wirtschaftliche und funktionelle Aspekte optimiert wurden und besonders die spätere Erhaltung und der Betrieb der Projekte im zweckmäßiger Weise geplant wurden. Ebenso konzentrierte man sich bei der Beurteilung der Objekte auf Aspekte des energiebewußten sowie behindertengerechten Bauens. Durch die Teilnahme an der Planungskommission für Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien konnten diese Aufgaben auch im Bereich der MA 17 wahrgenommen werden.

Weiters oblagen der MD-BD die Vorbereitung der 10. Bauausschußsitzung für das Sozialmedizinische Zentrum Ost und die Führung von Vorgesprächen über die Einsetzung einer begleitenden Kontrolle bzw. über die Projektsteuerung für den Bau des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost.

Die MD-BD koordinierte die Errichtung von zusätzlichen Sicherheitseinrichtungen für die NH₃-Anlage im Schlachtbetrieb St. Marx und arbeitete bei der Installation einer Rauchgasreinigungsanlage der Müllverbrennungsanlage I mit.

Gleichfalls erfolgten eine Mitwirkung in der Jury des Architektenwettbewerbes „60 Jahre kommunaler Wohnbau“ für die Gebiete in 2, Vorgartenstraße und Karmeliterviertel, und die Koordination bei der Fertigstellung des „Hundertwasser-Hauses“, insbesondere im Hinblick auf die Wohnungsvergabe durch die Gesiba und die Arbeit an einer Finanzierungslösung, weiters unterstützte man die MA 51 und die von ihr beauftragte Wiener Stadthalle Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m. b. H. bei der Generalsanierung und Überdachung des Praterstadions, wobei besonderes Augenmerk darauf gerichtet wurde, daß die im Übereinkommen getroffenen Festlegungen eingehalten werden.

Um eine einheitliche Vorgangsweise der Dienststellen des technischen Bereiches bei ihrer baubeaufsichtigenden Tätigkeit zu gewährleisten, war es erforderlich, für die Einhaltung ergangener Richtlinien, Weisungen und Erlässe Sorge zu tragen. Auf Auftrag des Bürgermeisters, von amtsführenden Stadträten und des Magistratsdirektors wurden Einzelprobleme behandelt, zu durchlaufenden Akten Stellungnahmen verfaßt und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Außerdem wirkte man an der Ausarbeitung von Erlässen des Magistratsdirektors mit. Bestehende Erlässe für den eigenen Bereich wurden auf ihre Gültigkeit überprüft bzw. überarbeitet und neue Erlässe ausgearbeitet. Zu Anfragen und Anträgen im Gemeinderat sowie zu Anträgen von Bezirksvertretungen wurden Antwortentwürfe verfaßt bzw. koordiniert.

Zur Koordinierung der vielschichtigen Probleme, die bei der umweltfreundlichen Müllentsorgung und -beseitigung einschließlich des Sondermülls entstehen, wie etwa die Sanierung der Deponie Rautenweg, die Vorsortieranlage im Rinterzelt oder die Standortfrage einer Sonderabfalldeponie, wurden Projektkoordinatoren bestellt. Ebenso zur Koordinierung der aufgrund des zwischen der Wiener Bundesstraßen AG und der Stadt Wien getroffenen Übereinkommens von den Dienststellen der Stadt Wien zu erbringenden Leistungen für die Bundesautobahn A 22 — Donauufer-Autobahn im Abschnitt Reichsbrücke bis Knoten Kaisermühlen (A 23, A 24) und für die Bundesautobahn A 24 — Autobahn Nordosttangente im Abschnitt Knoten Kaisermühlen (A 22, A 23) bis Hirschstetten. Weiters wurde ein Projektkoordinator mit der Koordinierung der Agenden des Wasserwirtschaftsfonds, die im Rahmen der MD-BD erfolgt, beauftragt.

Für den Bereich „Ausschreibung-Vergabe-Abrechnung (AVA)“ wurde im Rahmen der Bauverwaltung eine EDV-unterstützte Verarbeitung auf der Grundlage des „Wiener integrierten Bauverwaltungs- und Überwachungssystems (WIBUS)“ für alle technischen Dienststellen des Bereiches der MD-BD durchgeführt. Bis Ende 1985 waren vierzehn standardisierte Leistungsbeschreibungen, und zwar für Hochbauten, Kabel- und Rohrbauten, Gleisbauten, Signalanlagen, Straßenbauten, Brückenbauten, U-Bahn-Bauten, Instandsetzungsarbeiten, Gas- und Wasserinstallationen, Elektroinstallationen, Elektrotechnik, Flußbauten, Kanal- und Wasserleitungsbau und Landschaftsbau abgespeichert. Diese Leistungsbeschreibungen wurden im Einvernehmen mit den Anwendern laufend den aktuellen Erfordernissen angepaßt und bilden die Grundlage für objektbezogene Ausschreibungen. Ein Großteil dieser standardisierten Leistungsbeschreibungen entspricht bundeseinheitlichen Entwicklungen. Die MD-BD war daher in den im Rahmen des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines bestehenden Arbeitsgruppen für Hochbauten (Baumeister und Bauprofessionistenarbeiten), Elektrotechnik und Heizung-Lüftung-Sanitär sowie in den einschlägigen ÖNORM-Ausschüssen zur Erarbeitung der EDV-Grundlagen maßgeblich vertreten. Im Zeitraum Jänner bis Dezember 1985 wurden mit den standardisierten Positionstexten der oben

erwähnten Leistungsbeschreibungen 2.162 objektbezogene Leistungsverzeichnisse erstellt und 1.704 Ausschreibungen mit dem EDV-unterstützten Rechenprogramm einer Angebotsprüfung unterzogen, wobei insgesamt 12.515 Einzelangebote auszuwerten waren. Gegenüber 1984 ist eine Steigerung um rund 100 Prozent eingetreten. Dies dokumentiert die grundsätzliche Entscheidung, im Bereich „Ausschreibung-Vergabe-Abrechnung“ von Bauleistungen nach einheitlichen Richtlinien vorzugehen und somit die Basis für eine einheitliche formale und rechnerische Angebotsbeurteilung sicherzustellen.

Für den Straßenbau wird im Zweimonatsrhythmus ein Preisspeicher geführt, der der Marktbeobachtung, Prüfung von Angeboten und Erstellung von amtlichen Kostenvoranschlägen dient. Weiters wurde 1985 die Massenberechnung und Kontrollfakturierung für 78 Bauaufträge zu meist monatlichen Terminen nach den Österreichischen Richtlinien für die elektronische Bauabrechnung (ÖREB) durchgeführt.

Entsprechend der Funktion als Abstimmungsinstanz zwischen den Dienststellen des technischen Bereiches und der MD-ADV sammelte die MD-BD Änderungswünsche und Erweiterungen zum bestehenden Programmumfang. Diese werden unter besonderer Bedachtnahme auf den Datenverbund in Teilschritten realisiert; Ziel ist es, für den Bereich Bauverwaltung ein durchgehendes System für sämtliche Tätigkeiten, die sich von der Planung bis zum Bauende und zur Instandhaltung erstrecken, zu schaffen.

Die netzplantechnisch unterstützte Terminüberwachung hat sich auch 1985, wie in den vorhergehenden Jahren, auf verschiedenste Bereiche der Bautätigkeit der Stadt Wien erstreckt. Beim U-Bahn-Bau wurde auf den Linien U 3 und U 6, bedingt durch den Baubeginn auf fast allen Bauabschnitten, die terminliche Bearbeitung von der Bauvorbereitung auf die Baudurchführung übergeleitet, und die neuen Bauabschnitte im Bereich Mariahilfer Straße und Westbahnhof wurden mit ihrer Bauvorbereitungsphase in die periodische Durchrechnung mit einbezogen. Bei der Produktion der „Mehrzweckkartenblätter“ wurde vor allem für jedes Kartenblatt der terminliche Sollablauf, unter Berücksichtigung von Feiertagen und Nichtarbeitswochen, ermittelt. Im Bereich Hochbau wurde die Terminüberwachung der Bauvorbereitung von Großprojekten weitgehend abgeschlossen. Für die sonst im „Wohnhausprogramm 1985“ eingetragenen Projekte wurden Bauvorbereitungspläne erstellt und diese bis zum Baubeginn des jeweiligen Bauvorhabens monatlich überwacht.

Die Planungsphase für das Sozialmedizinische Zentrum Ost mit seinen drei Bauabschnitten (OP-Trakt; Ambulanztrakt; Küche-Pathologie-Nuklearmedizin) wurde terminlich neu erarbeitet und monatlich aktualisiert. Aufgrund der dadurch erreichten transparenten Darstellung der Terminalsituation konnten die Mitglieder des Konsortiums, das für die Planung zuständig ist, von der Notwendigkeit einer netzplantechnischen Terminbearbeitung überzeugt werden; so wurde im Herbst mit der Erstellung von Bauüberwachungs- bzw. Professionisteneinsatznetzplänen begonnen. Um aber auch die Weiterentwicklung in der Terminverfolgung und -überwachung nicht zu vernachlässigen, wurde mit dem Ziel, die Anschaulichkeit von Terminlisten und damit einen noch effizienteren Einsatz dieser Listen zu gewährleisten, ein neues Balkenplanzeichenprogramm getestet und für das Sozialmedizinische Zentrum Ost erstmalig eingesetzt. Derzeit wird sich, laut MD-ADV, aufgrund wirtschaftlicher Probleme allerdings der Volleinsatz dieser neuen Möglichkeiten noch verzögern.

Im Bereich Hochbau erstellte man für die kleineren Projekte des Wohnbauprogrammes 1985 Ablaufpläne in bezug auf die Bauvorbereitung, die im Abstand von zwei Monaten aktualisiert wurden. Im Sommer 1985 wurden dieselben Arbeiten für ein mögliches Wohnbauprogramm 1986 aufgenommen. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Koordinierung der Bauvorbereitung von städtischen Hochbauvorhaben und aller in diesem Zusammenhang stehenden notwendigen Maßnahmen, wobei vom Gesetzgeber durch das neue Wohnhaussanierungsgesetz (WSG) und das Wohnbauförderungsgesetz 1984 (WFG 1984) ein verstärkter Impuls in Richtung Stadterneuerung gesetzt wurde. Ferner werden umfangreiche Koordinierungsaufgaben, die ein Projekt der Stadt Wien und der Österreichischen Bundesbahnen betreffen, die Projektkoordination für das bestehende sowie das in Erweiterung begriffene Schienenverbundprojekt Bund — Land Wien wahrgenommen.

Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß die Aufgabe einer sinnvollen Stadterneuerung zu einer Verlagerung der Wohnbautätigkeit (Neubau und Revitalisierung) führt, und zwar vor allem in den innerstädtischen Bereich. Dies bringt zunehmend eine Fülle von Problemen und Schwierigkeiten bei der Baureifgestaltung von Liegenschaften bzw. Revitalisierungsobjekten mit sich: In den meisten Fällen ist die Ab- bzw. Umsiedlung des Althausbestandes erforderlich, weiters muß häufig der städtische Grundbesitz aus wirtschaftlichen und städtebaulichen Gründen in teilweise langwierigen Verhandlungen arrondiert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Bauvorbereitungstätigkeit ist die Zusammenarbeit mit den von der Stadt Wien in acht Stadterneuerungsgebieten eingesetzten Gebietsbetreuungen.

Fortgesetzt wurde die Bauvorbereitung für die Modellprojekte des „Vollwertigen Wohnens“ sowie für die Projekte des abgeschlossenen Architektenwettbewerbes der Stadt Wien „Wettbewerb — Wohnen und Stadterneuerung“ für die Teilgebiete Verdichteter Flachbau, Blockbebauung und Revitalisierung.

Im Zusammenhang mit der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden die MA 4 und der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds bei einigen Flächen in technischer Hinsicht beraten, außerdem koordinierte man bei der Vorbereitung und Ausführung von in Aufschließung befindlichen Flächen die Tätigkeit der entsprechenden Dienststellen. Es handelt sich um die Flächen in 10, Aldergründe und Schleiergasse, in 16, Huttengasse, in 11, Albern, in

21, Brünner Straße (ehemalige Lokomotivfabrik), in 11, Schemmerlstraße, sowie um die Weiterführung der Projekte Ansiedlung der Fa. Philips im 10. Bezirk und um die Betriebsbaugelände Aspern und Draschegründe.

Weiters koordinierte die MD-BD die Aufschließungsarbeiten für die Bereiche der Grundwasserverunreinigung in der Siedlung Wulzendorf im 22. Bezirk und wirkte bei der Vorbereitung von Arbeitsprogrammen für die Restaufschließung mit Kanal und Wasser mit. Ebenso arbeitete man mit am Verfahren zur Auswahl geeigneter Garagenstandorte auf öffentlichem Gut (Tiefgarage Freyung, Georg-Coch-Platz), wobei man die Projekte besonders hinsichtlich der Baudurchführung und der Kostenansätze beurteilte.

Die grundsätzlichen Überlegungen und Veranlassungen zur Koordination von Maßnahmen im Straßenbereich und die Koordination zur Schaffung der Mehrzweckkarte wurden ebenso fortgeführt wie die verstärkte Betreuung und Kontrolle im Rahmen der Geschäfte des Landeshauptmannes für den Wasserwirtschaftsfonds.

Ferner wurden viele stichprobenartige Bauablaufinspektionen (zum Teil objektbezogen, zum Teil sachbezogen) vorgenommen sowie Vorschläge und Hinweise aufgrund der getroffenen Feststellungen ausgearbeitet.

In das Jahr 1985 fielen auch die Mitwirkung an der Überprüfung des an den Wasserwirtschaftsfonds zu richtenden Schlußzählungsantrages und die Mitarbeit bei der Kollaudierung dieses Antrages für die Errichtung der Entsorgungsbetriebe Simmering. Sämtliche Aktivitäten, die für das Übereinkommen zwischen der Stadt Wien und der Entsorgungsbetriebe Simmering Gesellschaft m. b. H. & Co. KG betreffend Betrieb, Ausbau und Erweiterung der Hauptkläranlage und der Sonderabfallverbrennungsanlage notwendig waren, wurden von der MD-BD federführend koordiniert. Ebenso wird der von der Stadt Wien eingesetzte sogenannte Entsorgungsbetriebe-Simmering-Beirat von der MD-BD koordiniert und geleitet.

Die fünf Dampfkesselprüfungskommissäre des Landes Wien nahmen 1985 die in der Dampfkesselverordnung vorgeschriebenen Untersuchungen und Prüfungen an Druckgefäßen und Druckbehältern vor, die einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit dieser Anlagen darstellen. Dabei wurden 2.059 äußere Untersuchungen, 985 innere Untersuchungen, 469 Feuerzuguntersuchungen und 623 Wasserdruckproben durchgeführt sowie 1.750 Druckbehälter der Gruppe II (Versandbehälter) überprüft. Außerdem stellte man 127 Bescheinigungen und 36 Zweitausfertigungen von Bescheinigungen aus und nahm 50 Betriebswärterprüfungen ab (34 für Dampfkesselwärter, 5 für Turbinenwärter und 11 für Motorenwärter).

Die MD-BD wirkte auch bei der Gestaltung, Erhaltung und Verbesserung wesentlicher Bereiche der Umwelt durch technische Maßnahmen mit. Insbesondere erstreckte sich die Koordinierungstätigkeit auf die Weiterführung des Donauhochwasserschutzprojektes, die Verbesserung des Hochwasserschutzes des Liesingbaches, die Planung, Gestaltung und Realisierung von Erholungsgebieten und -einrichtungen (z. B. Wienerberg Ost und West, naturnaher Wasserbau Liesing und Dürre Liesing), weiters auf die Errichtung von Parkanlagen, auf wasserwirtschaftliche Planungen, auf Stadtreinigung und Müllbeseitigung sowie auf viele andere Einzelmaßnahmen.

Die MD-BD beteiligte sich ferner an den Überlegungen zur Verwirklichung des Müllkonzeptes; vor allem das Projekt „Ausbau und Sanierung der Mülldeponie Rautenweg“ wurde weiter betrieben.

Im Zusammenhang mit Grundwasserverunreinigungen wurden die erforderlichen Maßnahmen (z. B. Sanierungsprojekt „Im Gestockert“, Untersuchungsmaßnahmen „Himmelteich“) der damit befaßten Dienststellen veranlaßt und koordiniert. Man kümmerte sich besonders um Maßnahmen zur verbesserten Überprüfung von Senkgruben (Durchführung von Dichtheitsproben).

Zur Verbesserung der Umweltsituation wurden Initiativen bei der Kontrolle und Verbesserung der Güte stehender Gewässer (insbesondere Badeteich Hirschstetten, Schlammabsaugung Wasserpark) gesetzt. Ebenso wurde die Kompostierung von Grünabfällen eingeleitet.

Um Untersuchungen und Sanierungen gezielt vornehmen zu können, wurde die umfangreiche Erhebung zur Erfassung von Altdeponien weiter betrieben: Die MD-BD veranlaßte die Erhebung von Altstandorten umweltgefährdender Betriebe und bezog die Baugrundunterlagen der MA 29 ein. Weiters koordinierte man Sonderabfallräumungsaktionen, so etwa auf den Aldergründen im 10. Bezirk. Auch die Generalsanierung der ersten öffentlichen unterirdischen Bedürfnisanstalt (Jugendstilanlage) in 1, Graben, wurde betrieben; mit dem Bau wurde bereits begonnen.

Für die Handhabung der Bauordnung für Wien sowie ihrer Nebengesetze war es notwendig, entsprechende Dienstanweisungen herauszugeben und dafür zu sorgen, daß alle Vorgangsweisen dem jeweiligen Stand der technischen Wissenschaften entsprachen, aber auch mit den geltenden baurechtlichen und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften im Einklang standen. Die Novellierungsvorschläge der Bauordnung wurden abgeschlossen und an die Rechtsdienststelle weitergeleitet. Fertiggestellt wurde auch die Neufassung der Richtlinien für Verkaufsstätten im baubehördlichen Verfahren.

Auch 1985 wurden in allen Angelegenheiten der Stadtplanung und -gestaltung die notwendigen Koordinierungen und Abstimmungen durchgeführt. In jenen Bereichen, die die Nutzung und Verwendung städtischer Grundstücke sowie deren Freimachung betreffen, erfüllt die MD-BD eine koordinierende Aufgabe innerhalb des Magistrates. Dies bedingte die Aufnahme intensiver Kontakte mit verschiedenen Dienststellen, die Durchführung von Besprechungen und die Abstimmung der von den Dienststellen zu erfüllenden Aufgaben. Weitere Koordinierungsaufgaben betrafen u. a. die Gestaltung und Realisierung von Erholungsgebieten und Freizeiteinrichtungen.



Bürgermeister Dr. Helmut Zilk im Gespräch mit seiner Königlichen Hoheit Prinz Salman Bin Abdul Aziz al Saud von Saudi-Arabien

Ehrengäste im Wiener Rathaus

Der Lord Mayor von London, Sir Alan Traill, trug sich ins Goldene Buch der Stadt Wien ein





Bürgermeister Dr. Helmut Zilk und der Bürgermeister von Kiew, Valentin Sgurskij, in der Ausstellung „Kiew grüßt Wien“ im Rathaus

Ehrengäste im Wiener Rathaus

Der Präsident der Republik Kenia, Daniel T. Arap Moi, bei der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien



Die MD-BD stimmte auch die Grundlagen für die Erstellung des Voranschlages für die MD-BD und der Dienststellen des technischen Bereiches ab; diese Tätigkeit reichte von den Vorarbeiten über die Perlustrierung bis zur endgültigen Festsetzung des Voranschlages. Die gesamten Daten sind in der von der MD-BD auch 1985 neu erstellten Zusammenstellung über die „Baulichen Investitionen“ für die Jahre 1986 bis 1990 enthalten. Diese Vorschau enthält alle Bauvorhaben, die bis 1985 begonnen wurden, und alle jene, die im Budgetjahr 1986 in Angriff genommen werden sollen weiters Angaben über Gesamtkosten, Sachkredite, voraussichtliche Ausgaben bis 1985 sowie alle noch notwendigen Bauraten bis einschließlich 1990. Schließlich listet die Vorschau die zusammen mit den Projektkoordinatoren ermittelten Daten aller notwendigen Budgetmittel für Großprojekte, die im Voranschlag als „Projektausweise“ enthalten sind, auf. Diese Zusammenstellung über die „Baulichen Investitionen“ bildet einen wesentlichen Bestandteil des Finanz- und Investitionsplanes 1986 bis 1990, der dem Gemeinderat anlässlich der Budgetdebatte mit dem Voranschlag 1986 vorgelegt wurde.

Für die Erfüllung des Straßenbauprogrammes (Gemeinde- und Bundesstraßen) wurden auch für das Jahr 1986 Gesamtkostenermittlungen durchgeführt. Deren Ergebnis war eine Zusammenfassung aller für die Einbautendienststellen anfallenden Kosten (einschließlich Stadtwerke). Durch die genaue Erfassung dieser Kosten wurde eine budgetmäßige Sicherung bei den Einbautendienststellen gewährleistet. Alle erarbeiteten Unterlagen und Zusammenstellungen wurden der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt.

Ferner wird in der MD-BD ein Auftragnehmerkataster geführt, in dem alle Firmen erfaßt sind, denen von den technischen Abteilungen des Magistrates Aufträge übertragen werden. Die zentrale Erfassung bietet jederzeit einen Überblick über die Auftragslage der einzelnen Auftragnehmer hinsichtlich der für die Stadt Wien durchzuführenden Arbeiten. Gleichzeitig werden auch die Aufzeichnungen über die Ansässigkeit der Firmen aufgrund der betriebswirtschaftlichen Angaben geführt. Durch die Evidenthaltung von Ausgleichen und Konkursen von im Auftragnehmerkataster registrierten Firmen ist es möglich, eventuelle Forderungen der Stadt Wien an diese Firmen unverzüglich der MDZ bekanntzugeben und die Erteilung weiterer Aufträge zu verhindern. Die Führung des Auftragnehmerkatasters wurde 1985 derart effizient und aussagekräftig geleitet, daß nunmehr nicht nur die Dienststellen des technischen Bereiches betreut werden, sondern auch auf Wunsch der Finanzverwaltung die Bereiche der MA 54, große Teile der Wiener Stadtwerke sowie Teilbereiche der MA 17 und der MD-ADV.

Auf Anregung des Kontrollamtes bzw. auf Wunsch der Finanzverwaltung wurde die MD-BD auch zur Prüfung von Angeboten herangezogen, die nicht von der Stadt Wien beauftragt werden, sondern von Fondsmittelnehmer der Stadt Wien (Wiener Jugendherbergsverband, St.-Anna-Kinderspital, Herzmannsky'sche Stiftung usw.) bzw. von der Wiener Stadthalle Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m. b. H.

Monatlich wurden die Arbeitskräfte auf den Bau- und Arbeitsstellen der technischen Abteilungen der Hoheitsverwaltung statistisch erfaßt; in den Wintermonaten werden sogar 14tägige Zählungen durchgeführt. Dadurch ist es möglich, besonders große Schwankungen bei der Zahl der Beschäftigten rechtzeitig zu erkennen und eventuell notwendige Maßnahmen einzuleiten. Letztlich hat die Stadt Wien einen hervorragenden Anteil an der guten Beschäftigungslage des Bauhaupt- und Baunebengewerbes während der Wintermonate.

Ein weiteres Aufgabengebiet der MD-BD ist die Bearbeitung aller Vergabungsakte des technischen Bereiches, die in die Kompetenz eines Stadtrates oder Ausschusses fallen. Die laufende Beschäftigung damit und die dabei gewonnene Erfahrung ermöglicht es der MD-BD, etwa vorhandene Mängel im Vergabeakt festzustellen und im Einvernehmen mit der antragstellenden Abteilung zu beseitigen. Im Jahre 1985 wurden 1.408 protokollierte Akte bearbeitet und dabei über 160 Millionen Schilling eingespart. Weiters gehören äußerst komplizierte freihändige Vergabungen, die Prüfung der Honorarangebote von Ziviltechnikern (mit Ausnahme der Architekten, Raumplaner und Vermessungstechniker), Verhandlungen in zweiter Instanz, Beurteilungen von Bauzeitverlängerungen und Pönale, diverse Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Vertragsauslegungen usw. zu den Agenden der MD-BD. Auch in diesem Bereich konnten im Interesse der Stadt Wien Kosten eingespart werden.

Im Rahmen der Publikationstätigkeit wurden 1985 in Form von zwei sogenannten „Verständigungen“ mit insgesamt 252 Seiten Arbeitsbehelfe für Baupreis- und Verdingungsangelegenheiten sämtlichen Dienststellen des technischen Bereiches sowie der Finanzverwaltung und diversen anderen Magistrateisdienststellen zur Verfügung gestellt. Diese „Verständigungen“ bezogen auch 58 amtliche bzw. halbamtliche Stellen außerhalb des Magistrates der Stadt Wien. Die Gesamtauflage je Verständigung betrug 1.250 Stück.

Ferner konnten aufgrund des Abschlusses der Umstellung des Auftragnehmerkatasters auf EDV die Dienststellen mit jeweils aktuellen und übersichtlichen Verzeichnissen sämtlicher registrierter Auftragnehmer versorgt werden: Es wurden 12 Verzeichnisse mit je 267 Seiten und 12 Verzeichnisse mit je 140 Seiten an 70 Dienststellen bzw. der Stadt Wien nahestehenden Stellen versandt. Die Auflagezahl je Verzeichnis betrug etwa 190 Stück. Damit hat jede Dienststelle des technischen Bereiches die Möglichkeit, sich rasch über den aktuellen Stand des Auftragnehmerkatasters zu informieren.

Da im Kreis der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen, das die Preisberichtigungen durchführt, die MD-BD die Stadt Wien vertritt, konnten bei allen Beratungen und Abschlüssen für die Stadt Wien vertretbare Ergebnisse erzielt werden. Preisveränderungen aller Art am Baustoffsektor wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt. Außerdem ist die MD-BD in fast allen Fachnormenausschüssen sowie in der

Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch (AGÖST) vertreten. Als Vertreter aller Bundesländer nahm die MD-BD an Verhandlungen im Bundesministerium für Bauten und Technik über eine Neufassung des Allgemeinen Teiles der Gebührenordnung für Ziviltechniker und über eine Neufassung der Gebührenordnung für Architekten (GOA) teil.

Im Jahre 1985 konnte die vollkommene Neubearbeitung der Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für die Ausführung von technischen Arbeiten und Lieferungen, welche durch das Neuerscheinen der ÖNORMEN A 2060 und B 2110 bedingt ist, endgültig abgeschlossen werden. Ebenso konnten aufgrund der Vorarbeiten der MD-BD die Vergaberichtlinien der Stadt Wien unter Vorsitz der MDZ rasch und vollkommen neu überarbeitet werden. Beide Aufgaben konnten mit der Herausgabe der einschlägigen Erlässe abgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang wurden auch sämtliche bestehende Weisungen der MD-BD (1946—1985) auf dem Sachgebiet „Vergabe“ überarbeitet und in übersichtlicher Form als „Durchführungsbestimmungen zu den Vergaberichtlinien der Magistratsdirektion“ herausgegeben.

Die MD-BD nahm im Jahre 1985 417 Befähigungsprüfungen ab; 348 Kandidaten konnten approbiert werden. Bei Baumeisterprüfungen erhielten von 27 Kandidaten 16 das Befähigungszeugnis, 11 mußten zurückgestellt werden. Die Befähigungsprüfung für das Elektrikergewerbe bestanden alle vier Kandidaten, bei den Gas- und Wasserinstallateuren bestanden 13 von 24 die Prüfung. Bei Ziviltechnikerprüfungen bestanden 65 von 75 Geprüften.

Die Dienstprüfung für die Verwendungsgruppe A bestanden von 28 Kandidaten 27 erfolgreich, für die Verwendungsgruppe B von 58 Kandidaten 57 und für die Verwendungsgruppen C und D von 96 Kandidaten 92 erfolgreich. Die Abschlußprüfung, der sich die bautechnischen Zeichnerlehrlinge unterzogen, legten alle 14 Kandidaten erfolgreich ab.

Außerdem überwachte man die Ausbildung von 37 bautechnischen Zeichnerlehrlingen und führte die Einschulung bzw. Weiterbildung von 81 Bediensteten, die zu den Rundfahrten „Modernes Wien“ eingeteilt sind, sowie die Zusammenstellung der Routen durch.

Am 31. Dezember 1985 unterstanden der Dienstaufsicht der MD-BD insgesamt 9.550 Bedienstete, und zwar technisches Personal, Arbeiter und Saisonarbeiter. Für Bedienstete der technischen Abteilungen wurden 313 Anträge auf Dienstreisen im Inland und 130 auf Dienstreisen in das Ausland gestellt und bearbeitet. Während der Sommermonate 1985 waren überdies 83 inländische Ferialpraktikanten in verschiedenen technischen Dienststellen beschäftigt. Schließlich wurden 2.680 Theater-, Reserve- und Permanenzdienste vorgeschrieben.